

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Cleverung durch die Austräger vierteljährlich 6,00, monatlich 2,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die stehengehaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 80 Pfg., amordrüge Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer können bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Mittwoch, den 11. Februar 1920.

27. Jahrg.

Das belgische Abkommen.

In die Auslieferungsfrage spielt ein Abkommen mit Belgien hinein, das zur Fertigstellung vorbereitet war und das durch die Ueberreichung der Auslieferungsliste wahrscheinlich hinfällig geworden ist. Die deutsche Regierung sollte sich in diesem Abkommen verpflichten, die erheblichen, in Belgien umlaufenden Marktbeträge zu einem außerordentlich hohen Kurs, nämlich dem Zwangskurs der Kriegszeit, nach Ablauf einiger Jahrzehnte zurückzukaufen, bezw. einzulösen, wodurch das Reich mit einer neuen Schuldenlast von Milliarden beladen würde. Der an sich finanziell sehr ungünstige Vertrag war vom deutschen Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium nur deshalb befürwortet worden, weil die unterhandelnden belgischen Minister formell zugesagt hatten, die deutschen Geschäfte in Belgien würden nicht liquidiert werden und Belgien werde die Auslieferung seines Deutschen fordern. Beides hat Belgien nicht eingehalten. Vielleicht hat die belgische Regierung sich von den Verbündeten nicht trennen wollen, vielleicht auch hat sie ihr Versprechen so verstanden, daß sie die Auslieferungsforderung im Laufe der Verhandlungen wolle fallen lassen; wahrscheinlicher aber als alles andere ist, daß sie im Laufe der Entwicklung bemerkt hat, wie ausgezehrt gerade die Auslieferungsforderung zu neuen Erpressungen gegen Deutschland werde ausnützen lassen, und daß sie diese Gelegenheit nicht weniger energisch wahrnehmen wollte, als Frankreich oder England, jedenfalls noch ausschweifender, als das schon in dem deutsch-belgischen Finanzabkommen geschehen war.

Soweit hätte die Sache nichts Überraschendes. Die deutsche Regierung hat den ehrlichen Versuch gemacht, wenigstens gegenüber einem der Ententestaaten die unerfüllbare Bedingung des Friedensvertrages abzukaufen, und dieser Versuch schien zuerst zu glücken, ist aber schließlich gescheitert.

Was dem verführten deutsch-belgischen Abkommen eine innerpolitische Bedeutung gibt, ist lediglich die Tatsache, daß es von der deutschnationalen Opposition zu den wüsten Angriffen gegen die Regierung ausgenutzt wurde. Obwohl alle Unterrichteten wußten, um welcher Zusagen willen Deutschland diese Versprechungen abgegeben hatte, wurde er von Herrn Dr. Helfferich in seiner großen Verteidigungs- oder Anklagerede vor Gericht (Flugblatt Nr. 49) und allen „patriotischen“ Blättern so hingestellt, als ob der berüchtigte Erzberger in seinem bodenlosen Leichtsinne, seiner unermesslichen Unwissenheit oder seinem planmäßigen Landesverrat den Belgiern grund- und zweifellos ein Milliarden Geschenk auf Kosten Deutschlands gemacht hätte. Dabei wußten die Verleumder natürlich ganz genau, daß gerade zur Rettung von etwa 300 ihrer Parteigänger (und zum Schutze Deutschlands gegen die Gefahren der Auslieferungsklausel) der Finanzminister in diesen sauren Apfel gebissen hatte. Gerade weil diese Herren wußten, welche Bewandnis es mit diesem Abkommen hatte, konnten sie ja mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß Erzberger und Robert Schmidt niemals öffentlich aufstehen und sagen würden: wir haben Belgien die auszuliefernden Kriegsschulden abgekauft. Mit einer solchen Erklärung wäre natürlich die Vollziehung des Vertrages durch Belgien unmöglich geworden, und deshalb mußten die Minister die deutschnationalen Verleumdungen ruhig über sich ergehen lassen, ohne daß sie sich dagegen hätten wehren können.

Wie in diesem Falle, so liegt es natürlich in unzähligen anderen. Die Regierung muß aus allgemeinen Rückzügen über schwebende Verhandlungen und Erwägungen oder über die wahren Gründe mancher Schritte schweigen, und eine Opposition mit Ehre und Gewissen achtet in solchem Falle ihre Zurückhaltung und bringt die Regierung nicht in die Zwangslage, entweder Verleumdungen ungestraft ins Land gehen zu lassen, oder zum Schaden des Ganzen Staatsgeheimnisse preiszugeben. Aber die Opposition unserer äußersten Rechten und Linken ist gewissenlos und demagogisch und hält gegen die verhasste Regierung jedes Mittel für erlaubt. Das ist der tiefere Untergrund, warum wir Belagerungs- und Zeitungsverbote noch immer haben. Ehrlicher anständiger politischer Kampf kann und muß ohne Schranken ausgefochten werden; aber gegen vergiftete Speere und Pfeile sind Schutzmaßnahmen notwendig, welche die Demokratie lieber heute als morgen für immer beiseite stellen möchte.

Die uferlose Auslieferungsliste.

Weit mehr als 900 Personen!

Die Auslieferungsliste beschränkt sich, wie sich jetzt herausstellt, nicht nur auf die Auslieferung der etwa 900 Personen. Diese Personen werden nur namentlich aufgeführt. Daneben verlangt die Entente noch eine etwa dreimal so große Zahl von Leuten, denen sie persönlich gar nichts vorwerfen kann, die sie nur allgemein umschreibt, wie etwa „Die Offiziere des Stabes Ludendorff“, „Divisionen, Kommandos, Regimentskommandeure, ohne ihre Namen zu nennen. Zum Beispiel fordert Belgien sämtliche Generalstabsoffiziere und Führer von Truppenteilen, die für die systematische unmenschliche Haltung ihrer Truppen in Belgien verantwortlich zu machen sind.“ Außerdem werden die nicht namentlich genannten Kommandanten von zehn Gefan-

genen Lagern gefordert, ebenso die Kommandanten und Lagerersten des Lagers Holzminde. Frankreich fordert sämtliche Generalstabsoffiziere, die in den Jahren 1917 und 1918 an der Ostfront für den Gefangenendienst tätig waren. Außerdem ist bemerkenswert für die Zusammenstellung der Liste, daß Bilinski gefordert wird, der frühere österreichische Finanzminister, heute Finanzminister des Freistaates Polen.

Das ist wohl das grandiosste Verfahren gegen Unbekannt, das die Justizgeschichte aufweist. So oberflächlich, so völlig gegen die Person ohne Rücksicht auf Schuldtaaten, dürfte noch nie ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden sein. Die spanische Inquisition, die englische Sternkammer, die Kabinettsjustiz der französischen Ludwig sind im Vergleich zu diesem Verfahren Musterstücke von Rechtsgarantien im Strafprozeß. — Es ist wohl anzunehmen, daß kein Mensch in der Entente auch nur im entferntesten daran geglaubt haben kann, daß diesem Auslieferungsbegehren jemals entsprochen werden könne. Also, warum ist es gestellt? Doch nur, um Rechtsmittel zu haben, auf Grund des Versailler Friedensvertrages weiteres deutsches Gebiet zu besetzen und der Bevölkerung im besetzten Gebiete die Meinung aufzuzwingen, daß es dauernd unter der Macht der Franzosen und Belgier verbleiben werde, und daß es deshalb durch Postrennungspropaganda gefügig gemacht werden soll.

Die Entente weiß ganz genau, daß in Deutschland niemand wünscht, daß nachweisbare Verbrechen ungeahnt bleiben. Nicht nach Gerechtigkeit schreit das offizielle Frankreich, denn es weiß aus seiner eigenen Kriegs-Geschichte, daß Krieg und Gerechtigkeit Dinge sind, die sich widersprechen. Ein Krieg ohne Greuel ist nicht möglich. Je länger der Krieg dauert, je gewaltiger die Mittel sind, die die Kriegführenden gegen einander anwenden, desto brutaler muß der Krieg werden.

Es ist einfach lächerlich, zu glauben, daß ein Krieg geführt werden kann, ohne die schlechtesten Instinkte der Menschen aufzurütteln, ohne die menschliche Brutalität von allen Hemmungen zu befreien. Daß auch Deutschlands Gegner ein reichlich Maß von Brutalität verübt haben, und daß sie noch weit mehr verübt hätten, wenn sie so nahe vor Berlin gestanden hätten, wie die Deutschen vor Paris, das kann niemand bestreiten, der etwas von Kriegsgeschichte weiß.

Der Reichspräsident und Volk.

II. Berlin, 11. Februar. Zu der Auslieferungsfrage gehen dem Reichspräsidenten fortwährend aus allen Teilen und Schichten des Volkes Zuschriften zu, die von der tiefgehenden Erregung der Bevölkerung über das Auslieferungsverlangen der Gegner und von der Genugtuung über die ruhige und standhafte Haltung der Regierung Zeugnis ablegen. Der Reichspräsident dankt für diese Kundgebungen des Vertrauens. Er ist mit der gesamten Regierung der Ansicht, daß die Forderung der Entente unerfüllbar ist und verzichtet allen Einfendern, daß er und die Regierung alles daran zu setzen gewillt ist, um Deutschland diese schwerste Forderung zu erparieren. Unsere Aufgabe muß es sein, die Entente im Sinne unserer Vorschläge vom 25. Januar von der Unmöglichkeit der geforderten Auslieferung zu überzeugen suchen.

Maßnahmen des Reichsjustizministers.

Der Reichsjustizminister hat nunmehr eine Liste anfertigen lassen, worin alle Personen zusammengefaßt worden sind, die während des Krieges wegen Kriegsverbrechen in feindlichen Ländern bereits von deutschen Kriegsgerichten zum Tode oder außerordentlich hohen Strafen verurteilt worden sind. Die Anordnung des Reichsjustizministers, die auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 erfolgt ist, wurde von allen Parteien gutgeheißen.

Der ehemalige Kronprinz will sich stellen.

Das Amsterdamer „Handelsblad“ erhielt einen Brief, der von Major Wilhalm-Wülhelm, dem Adjutanten des früheren Kronprinzen, unterzeichnet ist, und in dem dieser das Blatt bittet, den Wortlaut des folgenden Telegramms zu veröffentlichen, das der ehemalige Kronprinz den Königen von England, Belgien, Italien den Präsidenten der französischen und amerikanischen Republik und dem Kaiser von Japan gesandt hat. Das Telegramm lautet: „Die Forderung nach Auslieferung deutscher Männer aus allen Kreisen hat mein durch vier Kriegsjahre und ein Jahr der schwersten inneren Kämpfe tief gebeugtes Vaterland aufs neue einer Krise gegenübergestellt, die bis jetzt in der Weltgeschichte, im Leben eines Volkes noch nicht dagewesen ist. Es ist ausgeschlossen, daß in Deutschland irgendeine Regierung zu finden sein wird, die die verlangte Auslieferung durchzuführen wird. Unübersehbar sind für Europa die Folgen einer gewaltsamen Durchführung dieser Forderung, denn Haß und Rache würden dadurch ewig fortdauern. Als ehemaliger Thronfolger meines geliebten Vaterlandes will ich in dieser schweren Stunde für meine Landsleute an ihre Stelle treten. Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen ein Opfer brauchen, so sollen sie mich nehmen an Stelle der neunhundert Deutschen, die kein anderes Vergessen verübt haben, als daß sie ihrem Vaterlande im Kriegsdienste. Wieringen, den 9. Februar 1920.“

Die konservative Presse ist von der Bereitwilligkeit des früheren Kronprinzen, sich selbst zu stellen, ganz und gar nicht erbaut. Die „Kreuzzeitung“, die früher in dem Kronprinzen das Idealbild eines Hohenzollern gesehen hat und den Kronprinzen oft gegen den

Kaiser ausgespielt hat, bringt die Meldung ohne jeden Kommentar. Die „Tägliche Rundschau“ hält die Selbststellung für bedauerlich, im deutschen Interesse sogar für schädlich. Merkwürdigerweise kommt kein einziges konservatives Blatt auf den Gedanken, daß der Entente und nicht nur den Monarchien der Entente durch die Stellung des Kronprinzen große Peinlichkeiten erwachsen dürften.

Die Bayern gegen die Auslieferung.

Im bayerischen Landtage richtete Präsident Schmitt an die Versammlung eine Ansprache, worin er die Auslieferung als einen Akt der Rache bezeichnete und mit den Worten schloß: Mit der Regierung des Reiches und Landes rufen wir als einig geschlossen Volk den Kriegseindern zu: „Das deutsche Volk liefert keinen Deutschen aus.“ Die Abgeordneten hatten sich während der Rede erhoben.

Der Münchener Stadtrat hat sich der Protestkundgebung des Landtages und der Regierung angeschlossen. Als die „Unabhängigen“ dagegen stimmten, und eine Erklärung verlesen wollten, verließen sämtliche anderen Parteien den Saal. Inbesseren stellte sich heraus, daß am Schluß dieser Erklärung das Auslieferungsbegehren auch von den „Unabhängigen“ abgelehnt wird.

England und die Auslieferung.

„Daily Telegraph“ meldet: Das Kabinett wird, bevor es in der Auslieferungsfrage eine Entscheidung trifft, mit Millerand und Nitti konferieren.

Die Londoner Ententekonferenz.

II. Basel, 10. Februar. Aus Paris wird gemeldet: Die Konferenz die am Donnerstag in London zwischen Millerand, Nitti und Lloyd George abgehalten wird, wird sich mit der arabischen, der deutschen und der russischen Frage beschäftigen. Was die Adriarage angeht, so ist man der Ansicht, daß der im Januar ausgearbeitete Ausgleich Aussicht auf Anwendung haben wird. Die Auslieferung der geforderten Deutschen ist infolge des Umschwunes eines Teiles der englischen öffentlichen Meinung etwas schwieriger geworden. Die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland, zu der Italien hinneigt, wird Gegenstand einer ersten Prüfung sein. Der Frieden mit der Türkei wird noch nicht verhandelt werden.

Eine neue Kaisernote an Holland.

Die „Times“ berichtet, daß der Oberste Rat in Paris eine neue Note über die Auslieferung desormaligen Deutschen Kaisers verfaßt, die der niederländischen Regierung überreicht werden soll. Diese Note wird in London bei der Zusammenkunft der alliierten Minister besprochen werden.

Der Helfferich-Prozeß.

Aus der Verhandlung gegen Helfferich wegen Beleidigung Erzbergers ist über die Sitzung am Montag noch nachzutragen: Der frühere Ministerialdirektor Schönebeck sagte in Sachen der Thylenschen Annexionsangelegenheit, daß Erzberger diesen Zeugen besonders gefördert habe, und las als Beweis einen Brief Erzbergers an den damaligen Chef der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Wahnshaffe, vor, worin die Beförderung Schönebecks zum zweiten Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen vorgeschlagen und Schönebeck auch sonst empfohlen wird. Erzberger erklärt, Schönebeck sei ein außerordentlich tüchtiger Beamter gewesen, aber viel zu wenig gefördert worden, und Schönebeck habe auch seiner Partei nahe gestanden.

Am Dienstag beschäftigte sich das Gericht mit dem Fall Berger. Es handelt sich um die Berger Liebau A.-G. Helfferich führte in längerer Rede folgendes aus: Erzberger hat wiederholt in Prozessen zwischen der Berger A.-G. und dem Reichskanalamt als Schiedsrichter fungiert. Die letzte Entscheidung zugunsten der Gesellschaft ist am 24. Mai 1917 gefällt worden und am 14. Juni desselben Jahres wurde Erzberger in den Ausschichtsrat der Gesellschaft gewählt. Das Kanalamt erstattete mir als Staatssekretär des Innern am 28. Juni einen Bericht, worin ausgeführt wurde, daß die Firma Berger im letzten Jahre wieder in mehreren Prozessen gesiegt habe, und zwar in denjenigen Prozessen, wo Erzberger Schiedsrichter war, und zwar war Erzberger von der Firma als Schiedsrichter benannt worden. Helfferich legte den größten Nachdruck darauf, daß ein Abgeordneter drei Wochen, nachdem er als Schiedsrichter zwischen dem Reich und einer Privatgesellschaft fungiert hat, in den Ausschichtsrat dieser Gesellschaft eintritt. Helfferich fuhr dann fort, zu berichten, er habe mit dem Reichskanzler Michaelis über die Sache gesprochen und Erzberger das Tadelsurteil seines Verhaltens vorgeworfen, worauf Erzberger die Berufung als Schiedsrichter durch die Hanseatische Baugesellschaft abgelehnt habe. Der Kläger habe ihn nach dieser Unterredung mit hochrotem Kopf und in sichtbarer Verlegenheit verlassen.

Der Vorsitzende fragte, wie denn diese Aufzeichnungen Helfferich entstanden seien. Helfferich erklärte, daß er nach seinem Ausscheiden aus dem Amt, das bald darauf erfolgte, diese Notizen aus der Erinnerung niedergeschrieben habe, und zwar aus dem Grunde, weil er nach der Juli-Entscheidung, die er für so verhängnisvoll hielt, beschlossen habe, Erzberger bis aufs Messer zu bekämpfen. Helfferich erklärte, er werde beweisen, daß Erzbergers Eintritt in den Ausschichtsrat den

Das Spitzbergenabkommen.

Das Abkommen über Spitzbergen, das Montag in Paris unterzeichnet wurde, garantiert Norwegen die uneingeschränkte Oberhoheit über die Inselgruppe. Es sichert der Angehörigen der verträglichsten Großmächte die Gleichberechtigung in Fischerei, Jagd und Grubenerlöshungen zu.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nach keine Einberufung der Nationalversammlung.

Die Einberufung der Nationalversammlung kommt für diese Woche noch nicht in Frage. Zahlreiche Abgeordnete, die sich schon in Berlin eingefunden hatten, sind deshalb wieder abgereist.

Die sozialdemokratische Fraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beschäftigte sich Montag in einer Beratung, die um 10 Uhr morgens begann und bis in die Nachmittagsstunden dauerte, mit der Ausfertigungsfrage. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Als Ergebnis der Besprechung, an der sich u. a. auch Reichskanzler Bauer und Minister des Auswärtigen Hermann Müller beteiligten, kann aber nach dem „Vorw.“ festgestellt werden, daß die Fraktion mit der grundsätzlichen Haltung der Regierung vollkommen einverstanden ist. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge mit nüchternen Sachlichkeit an dem Standpunkt festhalten, daß die Entente Unmögliches von uns fordert, und daß zugleich alles vermieden werde, was zur Aufspaltung der nationalen Leidenschaften auf beiden Seiten geeignet ist. Nach dieser Richtung wurde an einzelnen Äußerungen, die in der Öffentlichkeit gemacht worden waren, von manchen Rednern lebhaft Kritik geübt.

Mit der sozialdemokratischen Fraktion der Landesversammlung ist eine gemeinsame Sitzung in Aussicht genommen, in der die Frage der Abfindung der Hohenzollern besprochen werden soll.

Die „Degradierung“ der Beamten.

Die Schaffung eines Groß-Berlin ist seit langem eine dringliche Forderung des öffentlichen Wohls und der übergroßen Mehrheit der Einwohner von Groß-Berlin. Gleichwohl sehen ihr aus politischen Gründen die Rechtsparteien, die n den westlichen Berliner Vororten noch regieren, einen erbitterten Widerstand entgegen, und über jede einzelne Bestimmung des Gesetzentwurfes zur Schaffung Groß-Berlins entbrennt in dem Ausschuss der preussischen Landesversammlung ein großer Kampf. Dabei läßt die Opposition alle demagogischen Witzen springen, und es gelingt ihr tatsächlich, die Verabschiedung der eiligen Vorlage immer weiter hinauszuschieben.

Der Gesetzentwurf ist gegenwärtig bis zu den Schlussbestimmungen durchgearbeitet, welche die Uebernahme der Beamten in die neue Einheitsgemeinde Groß-Berlin regeln. Hier steht nun die Opposition mit verdoppelter Kraft ein: daß den Beamten der bisherigen selbständigen Gemeinden zugemutet werde, in den Dienst der Gesamtgemeinde überzutreten, sei unerhört, und kein ähnliches Ausnahmegesetz sei seit hundert Jahren dem preussischen Beamtenstand angefallen worden. Bis zu welcher Aberration sich dieser Widerstand versteigt, der angeblich im Interesse der Beamten geleistet wird, zeigte Montag im Ausschuss der Redner der Deutschen Volkspartei, der erklärte: in irgend einer der bisherigen Gemeinden habe ein Sekretär auf seinem Arbeitsgebiet das ganze Alphabet durchgearbeitet gehabt. Wenn er künftig in einer größeren Gemeinde nur die Buchstaben A bis H zu bearbeiten hätte, so empfände er das als eine Degradierung, die er unmöglich schweigend hinnehmen könne; so viel Verständnis, daß sie das begriffen, müßten doch auch die Sozialdemokraten für die Wünsche der Beamten aufbringen.

In Wahrheit kommt es bei allem, was jetzt in Deutschland geschieht, darauf an, recht viel Arbeit mit wenig Kräften zu leisten. Insbesondere darf keine noch arbeitsfähige die Freiheit erhalten, auf Kosten der Allgemeinheit zu faulenzeln. Dieser Gesichtspunkt ist unendlich viel wichtiger als die Rücksichtnahme auf irgend welchen „Rang“, den dieser oder jener Beamte sich bisher eingekauft hat. Alle Menschen, die nützliche Arbeit für die Gesamtheit leisten, haben in der Republik den gleichen Rang, und nur, wer sich ihr unter mehr oder weniger fanlen Vorwänden entzieht, demwird die allgemeine Achtung. Der größte Feind der Beamenschaft aber ist der, der sie immer tiefer an alte Rang-eiferstüchteleien hineinzutreiben sucht, statt daß sich die Beamten endlich vom Rangdünkel befreien und gemeinsam ihre Interessen wahrnehmen, und zwar so, daß dabei zugleich das Volksganze durch das Höchstmögliche an Hungabs und Leistung gewinnt. Von diesem Gesichtspunkte aus wird die Sozialdemokratie die Beamtenfragen betrachten und entscheiden.

Die Hamborner Unruhen.

Das außerordentliche Kriegsgericht in Wesel verurteilte wegen Totschlags, bezangen im Verlauf der Unruhen in Hamburg, den Beramann Josef Havas aus Hamburg zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, die Ehefrau Wenzek aus Hamburg erhielt wegen Beteiligung an den Hamborner Plünderungen drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Insgesamt sind 285 Personen, die sich an den Hamborner Plünderungen beteiligten, verurteilt worden.

Wiedereröffnung der Schichtwerft.

Wie die „B. B. N.“ erichren, kündigte die Leitung der Schichtwerft in Danzig die Wiederaufnahme der Arbeit an und fordert diejenigen Arbeiter, die zu den bisherigen Lohnsätzen arbeiten wollen und sich bereit erklären, die Arbeitszeit einzuhalten, zur Meldung auf.

Der Prozeß Kessel verlag.

In Reineidsprozeß gegen den Hauptmann v. Kessel sollten Dienstag vormittag die Verhandlung wieder aufgenommen werden. Es stellte sich dabei jedoch heraus, daß Kessel an einer Lungenerkrankung erkrankt ist, was dem Gericht durch den behandelnden Arzt bestätigt wurde. Die Verhandlung wurde darauf zunächst bis zum Freitag nachmittag 3 Uhr ausgesetzt. Inzwischen ist von Kessel auf Antrag des Anklagevertreters aus der Haft entlassen worden, damit er sich wegen der bestehenden Lebensgefahr in geeignete Pflege begeben kann. Er wurde nach einer Anstalt gebracht, wo er unter Beobachtung steht.

Kleine politische Nachrichten.

Wegen verurteilter Stillelegung des Wasserwerks in Wülheim-Strom wurde der Arbeiter Hermann Weidkamp aus Wülheim zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt.

In Plauen (Vogtland) sind Dienstag nachmittag 12 Uhr 30 wchtruppen eingedrückt. Zwischenfälle ereigneten sich nicht. Die militärische Besetzung der Stadt steht vermutlich mit Straßabsperrungen in der Textilindustrie im Zusammenhang. Der polnische Stadt- und Kreiskommandant von Dirschau, Hauptmann Bolonski, hat, wie die „B. B. N.“ erfahren, in Ausführung eines Befehles des polnischen Oberkommandos über die Stadt und den Kreis Dirschau einen kurzfristigen Ausnahmezustand verhängt.

Die „Times“ meldet aus Abo, daß die finnischen Sozialdemokraten sich geweigert haben, in die Regierung einzutreten.

Dem General Mannerheim wurde von der finnischen Landesversammlung ein Nationalgeschenk in Höhe von nicht weniger als 6700000 Mk. überreicht.

Die englischen Polizisten und Soldaten in Irland setzten ihre Verhaftungen hervorragender Sinnseiner fort. Das große Dubliner Gefängnis ist bereits überfüllt.

Ungarn.

West-Ungarn gegen den Anschluß an Oesterreich.

Die Proteste gegen den Anschluß West-Ungarns an Oesterreich werden immer stärker. Die überaus zahlreichen Petitionen fordern die Regierung auf, unbedingt auf der Volksabstimmung zu bestehen. Die Regierung ist entschlossen, diese Forderung durch den Grafen Apponyi in Paris nachdrücklich vertreten zu lassen.

Italien.

Achtstundentag.

Der Minister für Industrie legte einen Gesetzentwurf zur Einführung des Achtstundentages vor.

Frankreich.

Generalfreik auf Guadeloupe.

Da der Generalrat sich weigerte, die von den Beamten verlangte Gehaltserhöhung zu bewilligen, ist auf Guadeloupe (Westindien) der Generalfreik erklärt worden. Alle öffentlichen Dienste mußten eingestellt werden.

Finnland.

Sperrung der russischen Grenze.

Der Staatsrat hat infolge der Pestgefahr die finnisch-russische Grenze gesperrt. Ein 500 Meier breiter Gürtel soll von den Bewohnern vollständig geräumt werden. Alle Grenzbehörden werden den Militärbehörden unterstellt.

England.

Das Parlament hat seine Sitzungen wieder aufgenommen.

Das Parlament ist Dienstag vom König mit einer Thronrede eröffnet worden. Die Rede nahm Bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland und die bevorstehenden Ratifikationen der Verträge mit Oesterreich und Bulgarien. Sie drückte die Hoffnung aus einen baldigen Friedensschluß mit Ungarn und der Türkei aus. Es heißt in der Rede: „Eine Anzahl von Sitzungen, die kürzlich in London und Paris stattfanden, haben die ausgezeichneten Beziehungen, die mit allen Mächten bestehen, befestigt.“ Es wird dann der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Lösung der arabischen Streitfrage bald erzielt werde, und erklärt, daß es wesentlich sei, daß der Friedens- und normale Wirtschaftszustand auch in Rußland und Osteuropa wiederhergestellt wird. Britannien und das Reich näherten sich mit raschen Schritten der Stabilität und der Wohlfahrt. Die Lage in Irland erzeuge ernste Besorgnis. Eine Bill für eine bessere Regierung für dieses Land werde unerschrocken eingebracht werden. Die Rede kündigte ferner Maßnahmen betreffend die Versicherung gegen Erwerbslosigkeit sowie die Regelung der Arbeitsstunden und der Mindestlöhne an.

Asien.

Einsatz von Bolschewisten in Korea.

Amüslichen Berichten zufolge, die in Washington eingetroffen sind, sind 2000, hauptsächlich von den Bolschewisten bewaffnete Koreaner von Kirin aus in Korea eingedrungen und haben nachts einen 700 Mann starken japanischen Posten angegriffen, 300 Mann davon getötet und die übrigen verstreut.

Vereinigte Staaten.

Richter Lynch.

Aus Lorington in Kentucky wird gemeldet: Der Mob versuchte das Gerichtsgebäude zu kirmen, um einen Neger, der angeblich ein weißes Schulmädchen ermordet hat, zu lynchen. Die Truppen eröffneten ein Feuer, töteten zwei Männer und zwei Frauen und verwundeten mehrere Personen. Der Gouverneur beschickte weitere 400 Mann Truppen ein.

Der Friedensvertrag an den Senatsauschuss zurückverwiesen.

Washington, 10. Februar. (Reuter.) Der Senat nahm einen von den demokratisch-republikanischen Führern unterstützten Antrag an, wonach der Friedensvertrag an den Senatsauschuss für Auswärtige Angelegenheiten zurückverwiesen wird, mit dem Ersuchen, darüber mit den während der letzten Session angenommenen Vorbehalten Bericht zu erstatten. Der Ausschuss hält morgen eine Sitzung ab. Es wird erwartet, daß er sofort Bericht erstatten wird.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 11. Februar.

Achtung, Streik. Wegen Nichtanerkennung ihrer zuständigen Organisation seitens der Arbeitgeber traten am Dienstag morgen sämtliche Chauffeure, Automobilmonteure, Mechaniker, Kulkantische, Reparatur- und Fahrradflößer in den Ausstand. — Ebenfalls traten am gestrigen Abend die bei der Wagh- und Schließgesellschaft Beschäftigten ihren Dienst nicht wieder an wegen Kürzung des ihnen rechtlich laut Spruch des Schlichtungsausschusses zugesprochenen Lohnes. Deutscher Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Lübeck.

Achtung, Solzarbeiter! Heute Mittwoch abend 7 Uhr Versammlung in der „Schwarzen Dohle“. Vollzählig erscheinen!

Was muß der Arbeiter von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten wissen?

Aus Angestelltenkreisen wird uns geschrieben: Die große Masse der Arbeiter hat sich bisher wenig um die Organisationen der Angestellten gekümmert. Ueber diese Fragen anzuklären, soll der Zweck nachstehender Zeilen sein. Die Bedingungen, unter denen ein Arbeiter seine Arbeitsstelle aufgeben und eine neue annehmen konnte, liegen ganz anders als beim Angestellten. Beim Arbeiter wird in den weitaus meisten Fällen nur nach der letzten Arbeitsbeschäftigung und der Invalidenartefrage gefragt. Höchstens werden noch einige Fragen nach Spezial-Arbeitsverhältnissen gestellt. Um das Vorleben, Familienverhältnis

Firma Berger bereits im Frühjahr 1916 für den Fall verabredet war, daß eine Lafanz eintreten würde. Gleichwohl habe sich Erzberger nicht geschont, noch in drei Fällen als Schiedsrichter zwischen dem Reichsstisus und dieser Gesellschaft zu fungieren. Es habe sich dabei nicht um eine Bagatelle gehandelt. Einer der drei Fälle habe mit der Beurteilung des Reiches zu mehr als einer Million Mark geendet. Weiter habe Erzberger den Leiter der Firma Berger, Kommerzienrat Julius Berger, zum Mitglieds der Berliner Wiederaufbaukommission gemacht, obgleich die zukünftige Organisation des deutschen Tiefbaugewerbes zwei andere Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht hatte. Erzberger habe wissen müssen, daß man mit den Leistungen der Firma Berger nicht übermäßig zufrieden war, und daß General Groener sich veranlaßt gesehen hatte, der Firma wichtige Arbeiten, die ihr auf dem östlichen Kriegsschauplatz übertragen waren, wieder zu entziehen und eine Anordnung zu erlassen, daß weitere Aufträge dieser Firma nicht erteilt werden dürften. Dieser Befehl sei allerdings späterhin auf Veranlassung des Kriegsministers, der an sich mit dieser Sache nichts zu tun hatte, wieder aufgehoben worden.

Es wurde darauf Erzberger als Zeuge vernommen. Er erklärte gegen die Provisionsangelegenheiten Helfferichs sei er ein Waisenknahe. Erzberger betrie sich zum Beweise dafür auf Ausführungen im „Berliner Tageblatt, die Helfferich als eine Schickigkeit sondergleichen bezeichnete. Dieser Artikel des „B. T.“ sei wohl auf Veranlassung Erzbergers erschienen. Der Vorsitzende meinte, es sei besser, die Sache nicht in dieser Art weiter zu behandeln. Erzberger gab dann an, daß er im ganzen 40 Aktien der Berger-Gesellschaft besessen habe und fünfmal Schiedsrichter für diese Gesellschaft gewesen sei. Die Prozeßkosten durchweg zuungunsten der Firma ausgefallen. Seine Einnahmen aus der Aufsichtsratsstellung hätten einmal 6000 Mk. betragen, im nächsten Jahre etwas mehr, und außerdem bekam er, seitdem er stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates war, eine einmalige Entschädigung von 5000 Mk. Im Laufe der weiteren Vernehmung ergab sich, daß Erzberger sich bei seiner Aussage geirrt hat, insofern nämlich, daß die Aufsichtsratsstelle für ihn neu geschaffen worden war, während er erklärt hatte, daß er an die Stelle eines anderen Aufsichtsratsmitgliedes getreten sei. Erzberger beruft sich dann darauf, daß auch Gothein sowie der frühere Legationsrat Jakob und noch allen Dingen Helfferich Aufsichtsratsmitglieder bei verschiedenen Gesellschaften gewesen seien.

Es kam dabei wiederum zu einer erregten Auseinandersetzung. Helfferich betonte, daß seine lange zurückliegende Tätigkeit im Interesse der ostafrikanischen Bahn nicht hindern konnte, eine Stelle als Aufsichtsrat bei der Anatolischen Bahn einzunehmen, was auf ausdrücklichen Wunsch des damaligen Reichskanzlers Fürst Bülow geschehen sei. Auf seine Tätigkeit bei den Stickstoffwerken sei er stolz, denn „darauf sei es zurückzuführen, daß wir den Krieg nicht schon in den ersten Monaten verloren hätten“. Verteidiger Hlsberg fragte, ob Erzberger außer dem Schiedsrichter-Honorar eine Beihilfung an der strittigen Summe angeboten worden sei. Erzberger antwortete, bei der Kostenberechnung des Schiedsgerichts seien alle Kosten berechnert worden. Eine Vereinbarung sei vorher nie getroffen.

Es entspann sich dann eine Auseinandersetzung darüber, ob Erzberger sich schon vor seiner Berufung als Schiedsrichter gegenüber dem Kommerzienrat Berger bereiterklärt habe, in den Aufsichtsrat einzutreten. Erzberger, der zunächst erklärt hatte, mit Berger darüber nicht gesprochen zu haben, sagte nun, viele Angaben unter seinem Eide nicht machen zu können. Zu der Berufung Bergers in die Wiederaufbaukommission erklärte Erzberger: Es war im Dezember. Vor meinem Fenster wurde geschossen. Kein Mensch wollte zu mir kommen. Da telephonierte ich an Berger, der sich bereit erklärte, in die Wiederaufbaukommission einzutreten. Uebrigens ist er offiziell gar nicht von mir, sondern vom Reichswirtschaftsministerium ernannt worden. Helfferich erwiderte, daß er leider gezwungen sein werde, die Leiter anderer Reichsstellen als Zeugen zu laden und sie zu befragen, welche Einflüsse Erzberger als Leiter der Wiederaufbaukommission auf sie ausgeübt habe. Schließlich erklärte Erzberger, von der Angelegenheit zwischen Berger und dem Grafen Groener erit in der heutigen Verhandlung gehört zu haben. Er gab dann zu, daß er während der Verhandlungen wiederholt mit Beziehnern der Firma Berger über den Gang der Prozesse gesprochen habe.

Es wurde dann als Zeuge der frühere Präsident des Kanalamis in Kiel, Georg Kauf, vernommen. Aus seiner Aussage ist besonders die Tatsache interessant, daß während des Krieges sehr häufig ein Unternehmer, der sich bei der Submission verfehlt hätte, die Fehllumme auf dem Gnadenwege erhielt. Das habe dahin geführt, daß einer den anderen maßlos unterbot, um den Auftrag zu erhalten und sich dabei sagte: „Was kann mir passieren: Mein Geld bekomme ich ja doch.“ — Die Weiterverhandlung wurde auf Mittwoch verlagt.

Das Schicksal der amerikanischen Ratifikation besiegelt.

W. Washington, 10. Februar. Der Brief Wilsons an Senator Hitchcock kennzeichnet die letzte Phase im Kampfe um die Ratifikation des Friedensvertrages. Der Vertrag ist nun, soweit er Amerika betrifft, zur Nichtannahme verurteilt. Es handelt sich nur darum, ob er im Senat in der durch die dem Präsidenten trenngestellten Demokraten geschaffenen Sadgasse sterben wird, oder ob er, nachdem er mit geringerer Mehrheit ratifiziert worden ist, was eine Spaltung im demokratischen Lager zur Voraussetzung hat, schließlich vom Präsidenten zurückgegeben wird, um ihn dem Volke bei den nächsten Präsidentschaftswahlen zur Entscheidung vorzulegen. Es kam nun nach dem Briefe des Präsidenten an Hitchcock in welchem er ihm versichert, er nehme nur rein interpretierende (auslegende) Vorbehalte an und widersehe sich also glatt den Vorbehalten des Senats bezüglich des Artikels 10, mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sich eine Spaltung in der demokratischen Partei vollziehen wird. Ob dann Bryan die Führung des einen Flügels übernimmt, kann nicht vorausgesehen werden, da er in der demokratischen Partei mehr gefährdet, als geliebt wird.

Das polnische Programm für den Friedensschluß.

W. Warschan, 10. Februar. In Abgeordnetenkreisen wird folgendes Programm für einen Friedensschluß zwischen Polen und Rußland in Erwägung gezogen: 1. Verzicht Rußlands auf die jenerzeit eroberten Länder und Rückkehr zu den Grenzen von 1772. 2. die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes, 3. die Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen, 4. die Anerkennung des Friedensvertrages auf dem Boden einer Volksabstimmung in Rußland.

Die Entrechtung der Deutschen im Saargebiet.

Die „Agence Havas“ meldet aus Saarbrücken, daß eine neue Verordnung bestimmt, daß niemand, der nicht im Saargebiet ansässig ist, in öffentlichen Versammlungen das Wort ergreifen oder sich an der Debatte beteiligen darf.

nisse, Religion u. dergl. kümmert sich niemand. Anders beim An-
gestelltem: Wechsel der Stellung bedeutet fast immer Wechsel des
Wohnortes. Die ausgeschriebenen Stellen sind fast immer
unter Chiffre aufgegeben. Der Angestellte muß Lebenslauf,
Bild, Zeugnisabschriften und Referenzen mit der Bewerbung auf-
geben. Der Arbeitgeber sucht sich einige Bewerber heraus und
zieht bei den früheren Arbeitgebern Erkundigungen ein. Hat
ein Bewerber sich besonders politisch oder gewerkschaftlich be-
stätigt, so ist seine Bewerbung in den meisten Fällen ins Wasser
gefallen. Außerdem haben die Arbeitgeber es ja dadurch in der
Hand, durch nichtssagende oder schlechte Auskünfte den Angestellten
das Ansuchen einer neuen Stellung zu erschweren oder unmög-
lich zu machen und sich so billige Arbeitskräfte zu sichern.

Aus dem Angeführten ist es zu verstehen, daß die meisten, be-
sonders die kaufmännischen Organisationen, eine Harmonie-
bände waren. Jetzt sind die Verhältnisse etwa anders geworden,
und daß die Angestellten nun gewillt sind, sich bessere Arbeits-
bedingungen zu erzwingen, beweisen die überall einsetzenden Ge-
haltsbewegungen usw., die bei den Arbeitern in den meisten
Fällen Verständnis und Unterstützung gefunden. Die Angestell-
ten haben endlich begriffen, daß sie sich mehr als bisher politisch
betätigen und sich den Parteien anschließen müssen, die für die
arbeitende Bevölkerung eintreten.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ist die
Vereinigung aller auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden An-
gestelltenorganisationen. Sie vertritt den reinen Arbeitnehmer-
standpunkt, im Gegensatz zu anderen Angestelltenvereinigungen,
z. B. dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände
und Vereinigung deutscher Privatbeamten und Angestelltenver-
bände, welchen zum Teil gelbe Verbände angehören, und die auf
mittelständiger Grundlage stehen.

Die A. f. A. angestellter Verbände zählen jetzt über
700 000 Mitglieder. Ein Netz von Ortsstellen der A. f. A. an-
geschlossenen Organisationen überzieht ganz Deutschland und soll
mit den Gewerkschaftsstellen engste Fühlung zwecks Nebenein-
anderarbeiten nehmen.

Grundsätze der A. f. A. sind: 1. Anerkennung des natürlichen
Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. 2. Aufgabe des bis-
herigen wirtschaftsfriedlichen Charakters und der diesen ent-
sprechenden Kampfmethode. 3. Streichung aller Arbeitgeber als
Mitglieder der Vereine. 4. Ablehnung jeder materiellen Unter-
stützung direkter oder indirekter Art durch die Unternehmer. 5.
Anerkennung aller Religions- und Rassenfragen, sowie Politik. 6.
Anerkennung der Frau als gleichberechtigt im Wirtschaftsleben
und der Körperschaften des Berufsstandes, Kaufmanns-
gerichte usw. 7. Anerkennung und eventl. Anwendung der ge-
werkschaftlichen Kampfmittel.

Hier in Lübeck gehören der A. f. A. an: 1. Werkmeister-
verband Lübeck, 2. Werkmeisterverband Herrenwpl., 3. Verband
der Bureauangestellten, 4. Zentralverband der Handlungsgehilfen,
5. Verband deutscher Versicherungsbeamten, 6. Deutscher Vor-
zeiger-Verband, 7. Verband techn. Angestellten und Beamten,
8. Verband technischer Schiffsoffiziere, 9. Deutscher Zuschnider-
Verband, 10. Deutscher Müllerverband, 11. Genossenschaft deut-
scher Bühnengedächtnis, 12. Deutscher Chorsänger- und Ballet-
verband. Beschmelzungsbestrebungen zu größeren Verbänden
sind im Gange. Der Bund techn.-industrieller Beamten und der
Deutsche Techniker-Verband haben sich in diesen Tagen unter dem
Namen „Bund techn. Angestellten und Beamten“ zu einem Ver-
band vereinigt. Der Beitritt der deutschen Werkmeister zu diesem
Verband ist wohl nur noch eine Frage der Zeit. Dann wären
alle technischen Verbände zu einer großen Gewerkschaft von einer
viertel Million vereinigt, die die noch abseits stehenden Zwerge-
organisationen auffassen, so wie ein Magnet alle Eisenpfähle
anzieht. Diese Zeiten sollen dazu beitragen, die große Einheits-
front aller Arbeitnehmer herzustellen und auch bei den Arbeitern
mehr Verständnis für die A. f. A. hervorzurufen.

„Revolutionsarbeit“ bürgerlicher Damen. Die Hausan-
gestellten haben durch ihre Organisation eine 50prozentige
Erhöhung ihres Lohnes beantragt, eine Forderung, die bei den
heutigen Leuerungsverhältnissen nur zu berechtigt ist. Mit 50
und einigem Monat kann auch ein Mädchen heutzutage
keine große Sprünge machen. Mäße, Kleider, Schuhe, Strümpfe
sind für die Hausangestellten kaum erschwinglich und doch das
Notwendigste. Früher haben gerade diese Mädchen darauf ge-
halten, sich einen Fennig für ihre spätere Aussteuer zu ersparen.
Davon ist jetzt keine Rede mehr. Und trotzdem ist es den bürger-
lichen Damen zu viel, wenn sie jetzt eine Lohnzulage geben sollen.
Der Hausfrau verleiht sich von der wandlungsfähigen
Frau Boh-Ziek über das Ungerechte des Geforderten eine
Aufrechnung machen. Diese ergab natürlich ein Existenzminimum
hefter Art, das mit seinen 4000 Mk. nicht einmal zu dem Ver-
dienst einer Beamtenfamilie, pro Kopf berechnet, zähle. Diese
Forderung und der 8-Stunden-Tag zwinge dazu, den Haushalt
umzukampfen. Frau Boh-Ziek kam zu dem Ergebnis, die For-
derungen der Hausangestellten abzulehnen, die Arbeit selbst zu
leisten und die Hausdächter anzufachen, selbst in Stellung zu
treten. Revolutionsarbeit nannte die Referentin die Aufforde-
rung zum Streikbruch. Diese Tätigkeit wird eventuell dazu füh-
ren, einen neuen Hausangestelltenstand zu schaffen und gegen-
wärtigen Einfluß auf die von politisch geschulten Männern miß-
leiteten Hausangestellten ausüben. Mit dieser Lohnrückver-
einigung will man den alten Sklavenhalterstandpunkt wieder ein-
führen. Mit demselben Aemzug, der die Ablehnung der Haus-
angestelltenforderung kundtat, wurde eine Resolution gegen die
Auslieferungsforderung der Entente angenommen. Die Sache
hat zwar mit dem Lohnsatz absolut nichts zu schaffen, aber zeigte
doch, daß man sich in guter Gesellschaft befindet. — Leider stehen
viele Hausangestellte den Bestrebungen ihrer Organisation noch
gleichgültig gegenüber. Arbeiterkern, die selbst ihrer Berufs-
organisation angehören, halten es nicht für nötig, ihre Kinder
den Organisationen zuzuführen, in denen sie ihren Lebensunter-
halt suchen. Die gleichen Klagen haben auch die Handbelsan-
gestellten und Schneiderinnen. Das Vorgehen des Hausfrauen-
vereins muß allen ein Ansporn sein, sich einmütig um die eigene
Organisation zu scharen.

Schöffengericht. Wegen Sittenvergehens wurde am
Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den wegen
ähnlicher Straftaten verurteilten Schlosser S. verhandelt. Er
hat sich gegenüber Mädchen, die zur Schule gingen, in den Anlagen
vor dem Hütortor und Mühlentor wiederholt in schamloser Weise
vergangen. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis und
5 Jahre Ehrverlust. — Wegen ähnlicher Vergehen hatte sich der
Klempner K. zu verantworten. Auch diesem wurden unzüchtige
Handlungen zur Last gelegt. Er trieb seine Schamlosigkeit auch
in den Anlagen von dem Hütortor und Mühlentor gegenüber
Schulkindern. Der Angeklagte gab an, daß diese Taten aus seiner
traurigen Veranlagung entsprungen seien. Urteil: 4 Monate
Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. — Gegen den Partwächter P.
ist die gleiche Anklage erhoben. Er hat die Schweinereien auch
in den Anlagen gegenüber Kindern einige Male gemacht. Der
Verteidiger wies besonders in seiner Rede darauf hin, daß der
Angeklagte im Kriege sich große Leiden zugezogen hätte und
100 Proz. erwerbsunfähig sei. Aus diesem Zustande könnten
solche Taten entspringen. Das Gericht sah die Krankheit des P.
als mildernd in Betracht und erkannte auf 1 Monat Gefängnis.
— Wegen Fortdiebstahls, Beleidigung und Be-
dröhung hatte sich der Postarbeiter D. zu verantworten. Er
wurde von einem Postkassenbeamten angefaßt, als er eines
Abends auf einem Blockwagen Holz mit nach Hause nahm. Zwar
war es den Postarbeitern erlaubt, Zweige mitzunehmen, aber
nicht Holz in der Stärke, wie es der Angeklagte auf seinem Wagen
hatte. Bei der Abfassung durch den Postbeamten hat er diesen
nicht nur beleidigt, sondern am andern Tage noch bedroht. Der
Fortdiebstahl soll mit 60 Mk., die Beleidigung mit 10 Mk. Geld-
strafe und die Bedrohung mit 4 Wochen Gefängnis bestraft werden.

Reißt keine Zweige ab! Das Postamt erläßt eine Bekannt-
machung, wonach das Abreißen und Abbrechen von Zweigen in
ist und bestraft wird. Ganz besonders hat man es auf die
Weiden abgesehen, an denen in geradezu unverantwortlicher Weise
die Zweige mit den sogenannten Weidenfäden abgerissen und
die Sträucher vernichtet werden. Die Weide liefert den Bienen
die erste Nahrung zugleich auch für die junge Brut, was in aller-
erster Linie von Wert ist. Auch der Hummel, die der Landwirt-
schaft überaus wertvolle Dienste leistet, wird durch die Zerstörung
der Weidensträucher ihre wertvollste Nahrung entzogen. Eltern,
Lehrer und Lehrerinnen sollten die Kinder über den Frevler unter-
richten und sie davon abhalten.

Der neue Schultunrichtfabrik. Die deutschen Turn- und
Sportverbände haben vor einiger Zeit beschloffen, ihre Wünsche
zum neuen preuß. Turnrechts in Gestalt eines gemeinsamen
Gegenentwurfs vorzulegen und hiermit Prof. Steffen-Lübeck
und Oberlehrer Krumpholtz-Bremen beauftragt. Die Lübeck-
Oberlehrer hat entgegenkommender Weise auf An-
trag des Reichsausschusses Oberlehrer Steffen für die Verfertigung
dieser wichtigen Arbeit vom Dienst entbunden.

Die Hausangestellten veranstalten am Donnerstag, dem
12. Februar, im Gewerkschaftshaus einen Unterhaltungsa-
bend. Es gilt den kollegialen Geist zu pflegen und neue
Mitglieder für den Verband zu werben, wozu insbesondere auch
die Eltern der Hausangestellten beitragen sollen.

Waisenhaus. Aufnahmegefuche sind unter Vorlegung von
Laufzettel, Impfschein und Zeugnisbuch des Kindes am Montag,
dem 16. Februar, morgens 10 Uhr im Waisenhaus anzubringen.

Feuersicherheitsbericht. Von dem Pfeiler eines Hauseinganges an
der Travemünder Landstraße ist ein 45x20 cm großes Weisings-
schild mit der Aufschrift „F. R. Gmors & Sohn“ abgerissen und
gestohlen worden. — Mittels Einbruchs sind aus einem Hause
in Travemünde, Kaiser Allee, ein aus dem Rahmen geschnittenes
Delbild, 1x1,20 m groß, eine italienische Madonna in Brustbild
mit einem entrollten Blatt Papier darstellend und ein Delgemälde
mit Goldrahmen 0,80x1 m groß, eine Heideblauigkeit darstellend,
sowie zwei runde Barometer aus Mahagoni, 1 Lichttelefon,
2 Feuertreppen, 2 Käuferdecken, 4 Servietten, eine blaue Schirm-
mütze, ein rötlicher Tarnschirm, ein Paar Damenwangen-
schuhe gestohlen worden. — Aus einer Villa auf dem Brinwall
sind ein Gummituch, mehrere Paare Gardinen und div. Küch-
geschirre pp. gestohlen worden.

Bezug gesucht. Am Freitag, dem 6. ds. Mts., ist ein
Mann selbigen Namens, der sich an einem 12 bis 13 Jahre alten
Mädchen unzüchtig vergangen hat. Das Mädchen konnte bisher
nicht ermittelt werden, obwohl dasselbe als Zeuge dringend be-
nötigt wird. Bekleidet war das Mädchen mit bla. Mantel,
schwarzen Strümpfen und schwarzen Schnürstiefeln. In dem
Haar trug es eine große schwarze Schleife. Das Mädchen soll
sich auf dem Wege zum Brotholer befinden haben. Personen,
die über die Persönlichkeit des Mädchens sachdienliche Angaben
machen können, werden ersucht, sich in dem Bureau der Krimi-
nalpolizei zu melden.

Festgenommen wurde ein 22jähriger Seemann, der für 230
Mark Getränke einkaufen sollte. Das Geld verjubelte
er jedoch sofort. Festgenommen wurde ferner ein
in der Bulevarstraße wohnhafter Bureaugehilfe wegen Vergehens
gegen die Sittlichkeit und eine Arbeiterin aus der Attendorn-
straße, die sich in Treppin des Diebstahls schuldig gemacht hat. —
Zwei stellungslöse hiesige Seeleute stahlen aus einem Motor-
segler eine große Menge wertvolle Kleidungsstücke. Von einem
anderen Schiff stahlen sie diverses Taumwerk. Die Diebe wurden
gefaßt.

Diebstähle. In einer Fischkonserven- und Marmeladenfabrik
in Schürup sind 5 Zentner Zucker mittels Einbruchs gestohlen
worden. — Aus einem Schokoladengeschäft in der Mühlentstraße
ist eine größere Menge Schokolade usw. für über 1000 Mk. ge-
stohlen worden.

Zwei schwere Jungen wurden Dienstag morgen gegen 4 Uhr
auf dem Bahnhof ertappt. Beide führten Gepäcksstücke bei sich.
Als diese revidiert wurden, stellte sich heraus, daß diese mit Klei-
dungsstücken gefüllt waren, unter denen sich auch Silberzeug be-
fand. Beide versuchten zu entfliehen. Sie konnten aber nach
kurzer Gegenwehr festgenommen werden. Wie sich herausstellte,
hatten beide einen Einbruchdiebstahl bei einem Landmann in
Genin ausgeführt. Die bei ihnen gefundenen Sachen waren von
ihnen gestohlen. Die beiden scheinen sogenannte schwere Jungens
zu sein, denn sie waren von Hamburg hierher gereist gewesen und
führten Dietriche und Schußwaffen bei sich.

Angrenzende Gebiete.

Schönberg. Rakeburger Bahnprojekte. In einer
Versammlung der hiesigen Stadtbewohner wurde der Bau schon
früher geplanter Eisenbahnprojekte zur Sprache gebracht. Für
eine Verbindungsbahn Rehna-Carlou-Herrnburg herrschte we-
nig Stimmung. Doch entschied man sich, den Bau einer Rund-
bahn zu beiden Seiten der Schönberg-Rakeburger
Chaussee ernstlich in Erwägung zu ziehen, damit den Be-
wohnern in südlichen Teile des Landes Rakeburg die längst ge-
wünschte Erleichterung des Verkehrs mit unserer Stadt zugute
kommen könne. Eine Kommission soll diese Sache weiter verfolgen
und fördern.

Hamburg. Bezirkskonferenz der Metallarbei-
ter. Auf der zweiten Bezirkskonferenz, die Anfangs Februar in
Hamburg tagte, waren 71 Delegierte vertreten. Vom Hauptvor-
stand war Dikmann anwesend. Auf der Tagesordnung stand:
1. Wahl zum erweiterten Beirat, 2. Wahl der erweiterten Bezirks-
kommission, 3. Besprechung betreffend Lohnausgleich. Entspr-
chend eines Antrages wurde auch noch über die Teilung des Be-
zirkes verhandelt. Der dritte Punkt der Tagesordnung wurde
zunächst verhandelt. Hierzu sprach auch Dikmann, der sich
u. a. gegen den Lohnausgleich, wie ihn die Zentral-Arbeitsgemein-
schaft vorschlägt, aussprach. Bei den zukünftigen Verhandlungen
müsse dahin gewirkt werden, daß die Lohnunterschiede zwischen ge-
lern und ungelerten, wie auch zwischen älteren und jüngeren
Arbeitern verkleinert würden. Sodann gibt Dikmann einen Be-
richt über den Stand der Verhandlungen betreffend Lohnausgleich
in allen Bezirken. In Berlin sei die Sache außerordentlich
schwierig, doch hofft man, auch hier zufriedenstellende Ergebnisse
zu erzielen. In Bayern sei leider der Lohnausgleich nur statt-
gegeben worden unter der Bedingung, daß die 46stündige Ar-
beitszeit überall wieder eingeführt werde. Mit scharfen Worten
wandelte er sich dann gegen die direkten Aktionen, die in einigen
Gegenden Deutschlands angewandt worden seien, diese seien auf
Erpressung hinaus und widersprächen gewerkschaftlichen Prin-
zipien und Erfahrungen. Scharfe Worte fand dann der Redner
auch noch gegen das Embener Zirkular. In bezug auf den Räte-
aufbau sagte Dikmann, daß nie und nimmer der Standpunkt
gelten könne, daß eine Räteorganisation über der Gewerkschaft
stehen könne, sondern nur als Gleichberechtigte könnten bei der
Regelung der Lohn- und Arbeitsfragen die Räte angezogen
werden. Auch die Räte müßten sich unter allen Umständen auf
den Boden der Gewerkschaften stellen. Redner schloß dann die
Bestrebungen des Verbandes, betreffend Schaffung einer Organi-
sation, die alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie um-
faßt. In der Debatte kritisierten einige Redner scharf die Arbeit
des Vorstandes. In den erweiterten Beirat wurden die Kollegen
Landgraf, Garbe und Kempens gewählt, als Ersatzleute G. Lers,
Peterson und Bäcker. In die erweiterte Bezirkskommission
wurden gewählt die Kollegen Dreyer, Telge, Franzen, Fischer,
Lorenzen, Witthöft und Adler. Zum vierten Punkt der Bezirks-
leitung wählte Vögeging, daß im Interesse einer schnelleren Ar-
beit das Unterbezirksgebiet vom Bezirk losgelöst werden müsse,
während die Kollegen Schulz und Landgraf gegenwärtiger Meinung
waren. Eine von Landmann-Hamburg eingebrachte Resolution,

die später zurückgezogen wurde, rief noch eine längere Diskussion
über die Räte hervor, in welcher Dikmann nochmals streng be-
tonte, daß die Räte sich jeder Arbeit zu enthalten hätten, die als
Verständigung mit den Räten eine gemeinsame Arbeitsbasis
schaffen zu können. Innerhalb der Gewerkschaft könne es keine
Instanz geben, die sich umsetzen dürfe, über der Gewerkschaft zu
stehen und infolgedessen müsse darauf hingewirkt werden, die
Kollegen, die in den Räten ihr ganzes Heil sehen, davon zu über-
zeugen, daß nur gemeinsame Arbeit der Arbeiter-
schaft dienlich sei.

Hamburg. Im Streit der Kapitäne und Steuer-
leute der Fischdampfer wurde ein Schiedspruch gefällt, der u. a.
lautet: Ueber die Einstellung und Entlassung von Kapitänen ent-
scheiden die Reedereien. Ueber die Entlassung soll auf Anrufen
des Entlassenen eine paritätisch zusammengesetzte Kommission ge-
hört werden. Maßregelungen finden nicht statt. Die Kapitäne
und Steuerleute sind verpflichtet, die Arbeit bis Montag, 9. Fe-
bruar, wieder aufzunehmen. Die Reichsregierung soll erzuht wer-
den, den Erlaß der neuen Seemannsordnung möglichst zu be-
schleunigen. Von dem Wirtschaftlichen Verbande der Deutschen
Hochseefischer wurde die Annahme des Spruches einstimmig
beschlossen, die Kapitäne und Steuerleute lehnten ihn ab. Sie
fordern eine Abänderung hinsichtlich Einstellung und Entlassung.

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Fleensburg, 10. Februar. Die ungeheuer zahlreiche an-
kommenden Deutschen wurden überall festlich empfangen. So-
wohl von dänischer wie von deutscher Seite ward die lebhafteste
Agitation getrieben. Noch am Sonntag verlor die Sekretäre
der Partei bei der dänischen Gefandtschaft am Hauptbahnhof
in Hamburg, Abstimmungsberechtigte an der Abfahrt nach der
Nordmark zu hindern. In Sonderburg wurde den öffent-
lichen Gebäuden das Flagen von der Kommission verboten. Die
Reichsbank und das Amtsgericht mußten die deutschen Flaggen
wieder einziehen.

Bis Dienstag nacht 12 Uhr ist folgendes Wahlergebnis zu
verzeichnen: Stadt Sadersleben: 5292 dänische und 3666
deutsche Stimmen. Der Kreis Sadersleben: 17552 dänische
und 1832 deutsche. Die Stadt Nyenrade hat eine Mehrheit
von 502 Stimmen für Deutschland. Der Kreis Nyenrade zählt
4382 deutsche und 8786 dänische Stimmen. Sonderburg er-
gab bis jetzt 2901 deutsche und 1800 dänische Stimmen. In der
Kreis Sonderburg 1900 dänische und 2027 dänische Stimmen. Im ganzen kommen
etwa 110 000 Abstimmungsberechtigte in Frage.

Bis 1 Uhr nachts haben die Deutschen im ganzen einen Vor-
sprung von 580 Stimmen vor den Dänen. Viele Ergebnisse stehen
jedoch noch aus, namentlich vom platten Lande, das den Ausschlag
gibt. Man rechnet mit einem Gesamtergebnis von einem Drittel
deutschen und zwei Dritteln dänischen Stimmen. Die Dänen be-
ginnen bereits, ihren Sieg zu feiern. Auf einer Menge dänischer
Häuser wurde der Danebrog gehißt. In letzter Stunde sind noch
3400 Fahnen aus Dänemark angekommen, um an die Unbemittel-
ten zur Verteilung zu gelangen. Die Geschäfte und die öffent-
lichen Bureaus hatten geschlossen.

Neueste Nachrichten.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch und Kartoffeln?
U. Berlin, 11. Februar. Wie die „D. T. Z.“ aus den Ab-
machungen zwischen der Landwirtschaft und dem Wirtschaftsmini-
sterium mittelt, soll die Zwangswirtschaft für Fleisch und Kartoffeln
aufgehoben werden, wenn sich die Vorarbeiten zur Bildung
neuer Einkaufsgenossenschaften für die Großstädte verwirklichen
lassen.

Die tschechischen Advokaten verweigern den Treueid.
U. Frankfurt a. M., 11. Februar. Nach einer Meldung
der „Frankfurter Zig.“ aus Prag hat der tschechische Justizminister
das Gesetz über das Gelöbniß der Advokaten auf sechs Monate
zurückgestellt. Die Advokatenkammer hat sich dagegen ausgespro-
chen, daß die Advokaten der jeweiligen Regierung Treue geloben
und alle Regierungsverordnungen neben den Gesetzen beachten.

Streik in einer Wiener Brotsfabrik.
U. Wien, 11. Februar. In Wien herrscht große Erregung
über einen Streik in den Unterbrodwerken, die einen großen Teil
der Bevölkerung von Wien mit Brot versorgen. Die Arbeiter der
Fabrik verlangten die Entlassung eines Arbeiters, der sich weigerte
der sozialdemokratischen Partei beizutreten. Der Fabrikbesitzer
lehnte es ab, den Arbeiter, der sich bisher tadellos geföhrt hat,
zu entlassen. Die Arbeiter der Fabrik waren daraufhin Montag
nicht mehr zur Arbeit erschienen. Schon Dienstag hat über eine
Million der Wiener Bevölkerung kein Brot erhalten. Die Ver-
handlungen haben bisher zu keiner Einigung geföhrt. Die Re-
gierung hat bisher nicht eingegriffen.

Die Stichwahlen für die ungarische Nationalversammlung.
U. Budapest, 11. Februar. Am Montag fanden die
Stichwahlen für die ungarische Nationalversammlung statt. Die
Partei der kleinen Landwirte verfußt über 79 Mandate, während
die Zahl der Abgeordneten des christlichen Blocks bestenfalls 75
betragen wird. Die Frage der Königswahl dürfte erst im Sommer
zur Diskussion gelangen.

Demonstration gegen den französischen Chauvinismus.
U. Zürich, 11. Februar. Nach einem Pariser Telegramm
der „Basler Nationalzeitung“ wurde im „Theater Antoine“ in
einer Pause während der kinematographischen Wiedergabe der
Bildnisse der neuen Parlamentarier das Bildnis von Sarres, des
bekanntesten Haupthebers zugunsten der Annexion des linken Rhein-
ufers, vom Publikum ausgepfiffen.

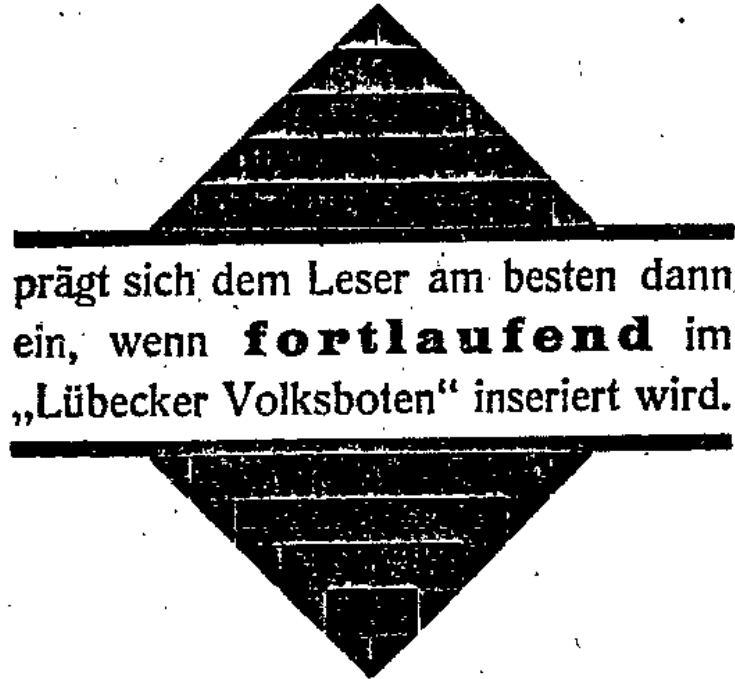
Die schweizerisch-französischen Beziehungen.
U. Zürich, 11. Februar. Wie der Korrespondent der
„Frankf. Zig.“ erzählt, hat der schweizerische Bundesrat beschloffen,
seine Gefandtschaft in Paris, sowie die schweizerischen Konsulate in
Frankreich und die zuständigen kantonalen Amtsstellen zu ermäch-
tigen, von sich aus den französischen Staatsangehörigen spezielle
Hilfe für einen einjährigen Aufenthalt in der Schweiz auszu-
stellen. Frankreich gewährt den Schweizern die gleiche Vergün-
stigung.

Austritt Lloyd George?
U. Aus dem Haag, 11. Februar. In politischen Kreisen
in England geht das Gerücht, Lloyd George beabsichtige demnächst
zurückzutreten und eine längere Reise ins Ausland zu unter-
nehmen.

Die neue Note an Holland.
U. Rotterdam, 11. Februar. Nach dem „Evening
Standard“ wird in der neuen Note an Holland an das Gerechtig-
keitsgefühl der holländischen Regierung appelliert. Der Streitfall
soll streng innerhalb der Grenzen des Rechtmäßigen gehalten
werden, und man würde veruchen, die holländische Regierung
zu überzeugen, daß die Alliierten das Recht haben, der Persön-
lichkeit Wilhelm II. im Interesse des Weltfriedens habhaft zu
werden. Das Blatt behauptet, es gebe Grund, anzunehmen, daß
Holland bereit sein wird, seine Haltung zu ändern, wenn die
Alliierten ihre Sache nach diesen Grundsätzen verfechten. Eine
Annahme, worin sich das Blatt wohl irren dürfte.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Samstag in Lübeck.

Der gute Name eines reellen
Geschäfts



prägt sich dem Leser am besten dann
ein, wenn fortlaufend im
„Lübecker Volksboten“ inseriert wird.

Diese
Inserate haben durchschlagenden Erfolg!

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 11. Februar,
abends 7 Uhr,
im Lokale des Herrn Fr. Lender, Hundestraße,
mit der Tagesordnung:

Bericht von den Verhandlungen mit
den Arbeitgebern.

12925

Die Lokalverwaltung.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Lübeck.

Bureau: Fleischhauerstr. 8.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, d. 14. Febr.,
abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Betriebsrätegesetz.
2. Innere Parteiangelegenheiten.

12921

Der Vorstand.

Alte Gebisse

(auch zerbrochene Teile)

lanke ich zu Ausnahmepreisen

am Mittwoch, 11. Febr., Donnerstag, 12. Febr.,
Freitag, 13. Februar, von 9 bis 5 Uhr,
in Lübeck, Hotel Stadt Hamburg, Zimmer 11
beim Portier zu erfragen.

Ich vergalte
jeden Zahn nach seinem höchsten Wert!
Gem. Platinzahn 8 bis 15 M. Platten- zähne bis 100 M.
Für Platin (Brennstifte pp.) den höchsten Preis.
Ladwig.

Brennholz

Kiefern- und Hartholz

in Längen und Stärken für Heizungen aller Art
Lieferung pappon-, zentnerweise frei Haus
F. W. Tietz, Pelzerstr. 24.
12922 Lager Falkenstr.

Bruchbänder, Leibbinden,
künstl. Glieder, Gummi-
waren, chirg. Artikel,
Verbandstoffe

Dr. med. H. Wolfermann & Cie.
Beckergr. 2. Lübeck. Hans Opera.
Lieferant der Krankenkassen.
Damenbedienung.

Für die von uns zugefertigten Bruchbänder über-
nehmen wir für guten Sitz und sichere Zurück-
haltung auch der schwersten Brüche jede Garantie.

Wie bekannt

zähle für Hausstands-
lampen pro Pfd. 60, 70,
80 Pfg.

Altes Eisen und Alt-Me-
talle zu höchsten Tages-
preisen. 12926
Postkarte genügt, wird ver-
gütet.

B. Sager, Rosenstr. 18/5.

Leder, Ledersohlen,
Lederabfälle, Leder-
patentsohlen usw.
billigst bei
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 12924

Achtung!

Zähle für Hausstands-
lampen 60 Pfg. aufwärts
pro Pfd. 12905
Eisen, Metalle zu den
höchsten Tagespreisen.
Lühnow-
J. Schröder, Straße 17a

Epilepsie heilbar?

(Fall-
sucht)
Lassen Sie sich sofort
die neue „Picket“-Bro-
schüre unberechnet
schicken von
Max Krasche, Heldrungen
12891) Nr. 154

Erklärliche Photo-
Vergrößerungen
nach jedem Bilde.
P. Warne,
12917 gr. Bauhof 11.

Kaufe nur 2 Tage in Lübeck

Freitag, d. 13. u. Sonntag, d. 14. Febr.
von 10—6 Uhr

alte Gebisse

per Zahn bis
12, 15, 45, 120 Mf.

Zentral-Hotel

Schüsselbuden 121., Zim. 18
Frau Remow.

12902

Konzerthaus Lübeck.

Heute Mittwoch:

Großer Masken-Ball

Kostümfest und Kappefest.
Verstärktes Künstler-Orchester Sulanke.
Saalöffnung 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.
Masken und Kappen in reicher Auswahl vorrätig.

Prämierung

von je drei der schönsten Damen und originellsten Herrenmasken!
Vorverkauf in den Zigarrengesch. von Hnr. Buse, Ad. Röhrich
und M. Niemeyer, Wühlenstraße, sowie im Konzerthaus. (12867)

Grob. Karnevals-

Jubel u. -Tribell

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Schlutup.

Versammlung

am Donnerstag, 12. Febr.
abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale Gasthof zur Linde
Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mit-
glieder.
2. Vortrag des Genossen
Passarge über: „Zweck
und Ziele der Arbeiter-
jugend“.
3. Innere Vereinsangelegen-
heiten.
4. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch er-
sucht
(12916) Der Vorstand.

Sozialdemo. rat. Verein 7. Distrikt.

12923

Versammlung

morgen Donnerstag
abends 7 1/2 Uhr
im Restaurant
„Himmelsleiter“,
Margarethenstr.

- Tagesordnung:
1. Die politische Lage.
Refer. Redakteur Otto
Friedrich.
 2. Wahlen der Bezirks- und
Distriktsführer.

Erscheinen der Mitglieder
dringend notwendig. Die
tätigen Genossen sind
ganz besonders hierzu ein-
geladen. (12923)

Herm. Wolfradt,
Distriktsführer.

R. d. B.

(Reichswirtschaftsverband
deutscher derzeitiger und
ehemalig. Berufssoldaten).

Freitag, den 13. Februar Vollversammlung

im Rest. „Hohenzollern“.
Beginn 7 Uhr abends.
Wichtige Tagesordnung u.
Protokoll gegen die Aus-
lieferung Deutscher.
12904 Der Vorstand.



Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platz

Nur noch 2 Tage!

Der Präsident

Ein Bild tragischer Schuld in 6 Akten, nach dem
Roman von Karl Emil Franzos.

Margots Freier

Quittspiel in 3 Akten.

Das Unglücksgeheim

Schwank.

Aufführungszeiten 4—7, 7—10 Uhr.

Auf unser großes verstärktes Orchester wird
besonders hingewiesen. (12913)

!Keine erhöhten Preise!!

FLEDERMAUS

Kabarett-Diele Fünfhausen 17/19

Abendlich 8 bis 12 Uhr: (12911)

Das große Februar-Programm!

Das Weltwunder Labero

mit seinen spannenden Experimenten.

Paul Przybilak, Weltmeister im Kollschubfunks-
lauf und früherer Trainer bei S. Kgl. Dohleiten
am Hofe von Württemberg.

5 Varadis, Kunitaiaang.

Geschwister Laarav int. Tanz-Quett

Ellen Danson amerik. Extr.entr. fränze.

Flack der Urformischel

Hans Helz Fiedhoben Sänner am Flügel und Pianer.

Thea Schwarz spanische Klavieristin

Hansi Kaien Stimmungsstoubrette

HADGES u. BILLER

das berühmte mondäne Tanzpaar,
die Schöpfer des Origin-Extrakt.

2 Orchester: Aug. H. Eivers u. W. Schwenk.

4-Uhr-TEE Auftreten d. Künstler. Eintritt frei.
Kein Garderobenzw. Eig. Konditorei.

Gute Biere, beste Weine, kaltes Biffett.

Weißer Engel

Morgen kein Tanz

Sonnabend: 12896

Groß. Maskenball

Konzerthaus Flora.

Jeden Donnerstag:

TANZ

Anfang 6 1/2 Uhr. (12886) Max Stems.

Adlershorst. Tanz

Offene Beinleiden,
Krampfadergeschwüre,
alte Wunden, die nicht heilen wollen,
werden sicher und schmerzlos geheilt durch
Draesels Heilsalbe
seit altersher als
Wundersalbe
bekannt und angewendet. Schachtel 2—Mk. (12915)
Versand: Grüne Apotheke, Erhart.

Zentralverband der Zimmerer.

Zahlstelle Lübeck.

Zahlstellen- Versammlung

am Sonntag, dem 15. Februar
vormittags 10 Uhr
im Lokale „Zu den vier Jahres-
zeiten“, Stavenstraße 33.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Ver-
handlung mit den Ar-
beitgebern zwecks Teu-
erungszulage.
2. Innere Verbandsangele-
genheit.

Um recht zahlreiches Er-
scheinen ersucht
(12922) Der Vorstand.

Sterbekasse der Maurer Lübeck.

General- Versammlung

am Freitag, d. 13. Februar
abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Abrechnung.
2. Wahl.
(12919) Der Vorstand.

Gesellschaftshaus Pockenhof.

Morgen Donnerstag: (12927)

Gr. Tanzstränzchen.

Anf. 6 Uhr. F. Westfaling.

Hansa-Halle.

Sonntag, 15. Febr.

Großer Maskenball des Sporklubs „Hansa“.

Hansa-Theater

12903

Mittwoch u. Donnerstag
Gastspiel

Ursula Bradsky.

Mittwoch:
Faschingsfee.

Alexandra:
Ursula Bradsky.

Donnerstag:
Die lustige Witwe.

Hanna:
Ursula Bradsky.

Freitag:
Das Mädel von drüben

Stadttheater Lübeck

(12918)

Mittwoch, den 11. Februar:
19. Vorstellung im Mittwoch-
Abonnement.

Anfang 7 Uhr.
Göttinger Sandwirt.
Der Für.
Prolog.

Die Welt will betrogen sein
Paul und Paula.

Donnerstag, d. 12. Februar:
Veranstaltung im Faustzyklus
für Schüler und Volkshoch-
schule.

Anfang 6 Uhr:
Vortrag.
Hierauf:
Hamlet.

Freitag, den 13. Februar:
20. Vorstellung im Freitag-
Abonnement.

Der Freischütz.

Sonabend, d. 14. Februar:
Der Graf von Luxemburg

Aus dem Lande der Freiheit.

Warnung vor Auswanderung nach Amerika.

Ein früher in der deutschen Partei tätiger Genosse schreibt uns unter dem 19. Januar 1920 aus Newyork einen interessanten Stimmungsbericht über die politischen Zustände in Amerika, die wir im Auszug zur Veröffentlichung für sehr wertvoll halten. Nach dem Hinweis darauf, daß nach Wiederherstellung normaler Zustände mancher deutsche Arbeiter die Lust verspüren könnte, nach dort zu kommen, heißt es in dem Briefe:

„Barweg will ich bemerken, daß man jeden Genossen abtrotzen sollte, nach Amerika zu reisen, denn dies ist nicht mehr das Land der Freiheit. Die amerikanischen Freiheitskämpfer haben so viel Freiheit und Demokratie nach Europa gebracht, daß hier nichts mehr übrig geblieben ist. Genosse Eugen W. Debs verbüßt eine zehnjährige Zuchthausstrafe für eine Rede, die ihm im früheren Deutschland vielleicht eine halbes Jahr eingebracht hätte. Genossin Katie Richards O'Sara erhielt fünf Jahre für eine ähnliche Rede. Die fünf Mitglieder der alten Partei-Exekutive erhielten je 20 Jahre Zuchthaus. Sie sind unter je 10000 Dollar Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt worden, bis zur Entscheidung über ihre Berufung an das Bundesobergericht. Die Zehn- und Zwanzigjährige-Zuchthausurteile für Reden oder Flugblattverteilung hängen nur so herunter. Streiks werden durch Einhaltsbefehle unterdrückt. Der Kapitalismus feiert wahre Orgien, und die einheimische Arbeiterschaft schläft. Victor Berger wurde zum zweiten Male gegen die vereinigten Republikaner und Demokraten gewählt, aber der Kongreß läßt ihn einfach nicht zu. Fünf sozialistische Landtagsabgeordnete wurden einfach ohne jede Rechtsgrundlage suspendiert, d. h. hinausgeworfen. Trotz dieser Reaktionen ist den Ultraradikalen unsere Partei nicht radikal genug. Sie haben die Partei im August 1919 gespalten. Jetzt gibt es hier außer der De Leon'schen „Socialist Party“ noch eine „Communist Party“ und eine „Communist Labor Party“. Die beiden letzteren behaupten, auf dem Standpunkt von Spartakus zu stehen. Leider hat die „Communist Labor Party“ auch unsere deutsche Sprachgruppe gespalten. Die „New Yorker Volkszeitung“ haben sie gefapert, da seit dem Tode unseres alten Genossen Hermann Schlüter einer ihrer Hauptmänner, Ludwig Lore, Chefredakteur ist. Die Berichte von unserer sozialistischen Partei bringt sie nur noch unter der Rubrik, in der Vergnügungsvereine usw. berichten. Durch ihre phrasenhaften Programmklärungen, hinter denen keine wirkliche Macht stand, haben sie die Reaktion nur noch mehr herausgefordert. Razzien wurden abgehalten und Hunderte von braven Kameraden, die früher zu uns gehörten, aber sich durch den radikalen Phrasenschein verleiten ließen, der „Communist Labor Party“ beigetreten, sitzen jetzt im Gefängnis auf Ellis Island. Darunter leiden sehr viele Deutsche. Alle, die keine Bürger von Amerika sind, sollen deportiert werden. Man hat sogar vorgeschlagen, den naturalisierten Bürgern ihr Bürgerrecht wieder abzuerkennen und sie dann zu deportieren. Das gleiche hat man Victor Berger angedroht. Es steht zu befürchten, daß man gegen die Sozialisten in der gleichen Weise vorgeht.“

Viel wird geschändigt von Berichterstattern aus Deutschland, die die größten Schandtaten über Deutschland und unsere dortige Partei berichten. Da die hiesigen deutschen Genossen nur auf die „New-Yorker Volkszeitung“ abonniert sind und nur sie lesen und diese wiederum ihre Scherenspitzen fast ausschließlich aus der Spartakus-Quelle bringt, könnt Ihr Euch denken, welche Verwirrung herrscht. Ich schicke Euch anbei einen solchen Bericht...

Herr J. Koettgen, der frühere Londoner Korrespondent für den „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ ist hier während des Krieges in den Dienst der Regierung getreten und hat die sogenannten „Friends of German Democracy“ (die unter der Vorpiegelung für die deutschen Demokraten einzutreten, politisch gegen Deutschland gekämpft haben. Die Red.) gegründet.

Aus dem Parteileben.

Totenliste der Partei. Die letzten Reihen der alten Kämpfer lichten sich immer mehr. Einer nach dem andern nimmt Abschied von uns für immer. Am 4. Februar starb in Wiesbaden nach längerer Krankheit Philipp Müller im sechzigsten Lebens-

jahre. Er konnte auf eine fünfzigjährige, stets aktive Tätigkeit in der Partei zurückblicken, die er in den sechziger und achtziger Jahren hauptsächlich im Main- und Rheingau, seine Heimat, erfolgreich entfaltete. Mezzelt kämpfend und opferfreudig, selbstlos, fest in Disziplin und Treue zur Sache, hat er seine ganze Kraft eingesetzt für die Propagierung der Prinzipien und Ideen der Sozialdemokratie und ihren Sieg. Dester nahm die staatsverhaltende Justiz sich seiner streng an. Die letzte Gefängnisstrafe von sechs Monaten erwuchs ihm neben Bebel, Diez, Frohme, Ulrich usw. aus dem berüchtigten Geheimbundprozeß, den der Kopenhagener Parteikongreß zur Folge hatte. Nach Ablauf des Sozialistengesetzes war er einige Jahre in Afrika als Arbeitersekretär tätig und in der gleichen Stellung sodann in Wiesbaden. Juvor hatte er auch dem heftigen Landtage als Mitglied angehört. In den letzten Jahren seines Lebens gehörte er der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung an, aus der er schließlich als Stadtrat hervorging. Er bewährte sich als tüchtiger Kommunalpolitiker im Interesse der arbeitenden Klassen. Wohl stand er mit Rat und Tat den Arbeitern helfend zur Seite. Aufrichtigen Dank hat er sich an vielen erworben. Ehrende Erinnerung werden ihm bewahren alle die ihn kannten, vor allem die Alten, denen er Jahrzehnte hindurch ein treuer Freund und Kampfgenosse war.

Was in der Partei vorgeht. Die „Düsseldorfer Volkszeitung“, die sich die „Unabhängigen“ rechtswidrig angeeignet hatten, ist durch einstweilige Verfügung des Gerichts wieder der alten Firma Albin Gerisch Buchdrucker- und Verlagsanstalt zugesprochen worden. Bis zur Erledigung des schwebenden Prozesses wurde als Verwalter mit allen Rechten der Geschäftsführer W. Müller-Quisburg eingesetzt.

In der Memeler „Volksstimme“ stellt eine dazu gewählte Kommission einen Programmentwurf der Sozialdemokratie des Memellandes zur Diskussion. Die Abtrennung des Memellandes vom Deutschen Reich zwingt die Organisationen, entsprechend den neuen staatspolitischen Verhältnissen, sich umzustellen. Der Entwurf lehnt sich im großen und ganzen dem Erfurter Programm an.

Die sozialistische Partei des Seine-Departements hat Sonntag beschlossen, auch den „Populaire“, das Organ von Jean Louvet, zu übernehmen, so daß also die Partei in Paris über ein Morgenblatt, „L'Humanité“, und über ein Abendblatt, „Le Populaire“ verfügt. Der Kongreß hat sich übrigens mit der Frage „Zweite oder dritte Internationale“ beschäftigt, jedoch keine Beschlüsse gefaßt; das soll erst in vierzehn Tagen geschehen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 11. Februar.

Die Zukunft des deutschen Schiffbaues.

Die zukünftige Stellung der deutschen Schiffbau-Industrie zum Weltmarkt behandelt Marinebauart Has in der ersten Nummer der im Verlage von Julius Springer in Berlin neu erscheinenden Zeitschrift „Wert und Rederei“. Das Bild, das hier von der Zukunft des deutschen Schiffbaues entzogen wird, zeigt den ganzen Ernst unserer Lage, läßt aber doch auch die Möglichkeit des Neuanfangs erkennen. Eine Gegenüberstellung der Weltmarktsituation über 100 Bruttoregistertonnen von 1914 und 1919 veranschaulicht das Aufkommen von Amerika und Japan als neuer mächtiger Nebenbuhler Englands auf dem Gebiete des Schiffbaues, die ebenso wie England selbst uns den Weg des Wiedererstickens nach Kräften zu verlegen trachten werden. Von den 45 404 000 Bruttoregistertonnen im Jahre 1914 waren 21 200 000 oder 46,6 Prozent englisch, 5 134 720 oder 11,3 Prozent deutsch, 2 028 000 oder 4,5 Prozent amerikanisch und 1 708 000 oder 3,7 Prozent japanisch. Dagegen waren 1919 von den 47 897 000 Bruttoregistertonnen der Weltmarktsituation 10 345 000 oder 21,6 Prozent englisch, 9 778 000 oder 20,4 Prozent amerikanisch, 2 335 000 oder 4,9 Prozent japanisch und 1 620 000 oder 3,4 Prozent deutsch. Daß die Amerikaner über die Kriegsanlagen hinaus für den kommenden Friedenswettbewerb rüsteten, zeigt die Art der Geldausgaben durch die Schiffbauunternehmungen besonders im Mai und Juni 1919. Die Gesamtsumme, die während des Krieges neu in Schiffbauunternehmungen hineingesteckt wurde, beträgt etwa 533 Millionen Dollar, während die Gesamtumlagen der deutschen Reedereien und Werften im Jahre 1913 nur etwa 78,6 Millionen Mark, nach Friedenskurs etwa 186 Millionen Dollar ausmachten. Gegenüber der reinen Lonnageberechnung der amerikanischen Schiffbauherstellung erscheint es so vollständig ausgeschlossen, mit deutschen Werften je wieder wesentlich in den Weltmarkt einzutreten. Bei ungehörter freier Entwicklung des Weltverkehrs würde nun heute mit einer Weltmarktsituation von 58,9 Mil-

lionen zu rechnen sein, die wirklich vorhandene Blühe demnach noch um etwa 11 Millionen hinter dem Bedarf zurück.

In der Tat herrscht noch ein starker Mangel an Schiffsraum im Weltverkehr, der es auch dem deutschen Schiffbau ermöglichen würde, über die von der Entente verlangten 200 000 Tonnen jährlich hinaus jede beliebige Tonnage an den Mann zu bringen. Leider gestalten jedoch die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse in Deutschland nicht, diese günstige Konjunktur auszunützen. Bei gleichmäßiger Entwicklung im Schiffbau würden die fehlenden 11 Millionen Tonnen in etwa 3-4 Jahren ersetzt sein, so daß dann der Sättigungspunkt des Weltverkehrs erreicht wäre und eine Schiffbaukrise eintreten müßte, wenn nicht eine Reihe der Kriegsbauten früher als unter normalen Umständen durch Neubauten zu ersetzen wäre. Die künftigen Weltverleger im Schiffbau sind Amerika und England. Deutschland, das vor dem Kriege fast nur für den eigenen Bedarf gebaut hat, wird nach der Wegnahme aller Unterstüßungsmittel unserer Ueberseefahrt keinen so großen eigenen Bedarf an Tonnage mehr haben; während nun die meisten europäischen Staaten von England, Ostasien, von Japan und Amerika im Schiffbau abhängig sein werden, bleibt für Deutschland die Aussicht, für die südamerikanischen Staaten, die sich eine eigene Flotte schaffen wollen, Schiffe zu bauen. Deutschland könnte also doch wohl auf die dauernde Ausnutzung seiner vollen Schiffsbauleistung rechnen, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders die Veränderung in den Grundlagen unserer Stahlherzeugung nach dem Verlust der lothringischen Eisen- und Stahlwerke wirken schwer auf die Lieferungs möglichkeit ein. Nur der fortwährende Kriegsschiffbau, die Abwanderung des Eisens aus dem Hausbau und der Eisenbetonschiffbau, der technisch erst in den Anfängen der Entwicklung steht, können erfolgreich wirken. Günstiger als in wirtschaftlicher Beziehung liegen die Verhältnisse nach der technischen Seite. Grundlegende umwälzende Neuerungen im Schiffbau hat der Krieg weder bei dem Gegner noch bei uns gebracht; lediglich die Technik der Reihenerstellung in bisher unbekanntem Ausmaß hat der Krieg gefördert, aber heute ist der Ruf nach dem „Einheitschiff“ vernehmlich. Die Zukunft des deutschen Schiffbaues kann nicht in der Nachahmung der Methoden amerikanischen Massenbaues bestehen, sondern in der Herstellung von Fahrzeugen, die vermöge ihrer besonders guten technischen Durchbildung hohe Wirtschaftlichkeit besitzen und allen besonderen Bedingungen der Ladung, der anzulaufenden Höhen und ihrer Wasser- und Rahrverhältnisse gerecht werden. Die Abnehmer für solche Schiffe werden sich in demselben Maße mehren, wie die Sättigung des Weltmarktes mit Schiffsraum zum Abenden der Frachten zwingt und damit der Grad der Wirtschaftlichkeit des einzelnen Schiffes im Betriebe an Beachtung gewinnt.

Die Lübecker Kommunisten

schlagen immer große Töne an, wenn sie in öffentlichen Versammlungen die kommende Weltrevolution anfünden. Sie sind Leute der großen Gesten und Worte, die um so breitspuriger werden, je mehr sie selbst erkennen, daß mit Paukenschlägen allein eine Welt nicht verherzt werden kann. Um so weniger, wenn die Wortführer den Anhang selbst schwinden sehen und gewahrt werden müssen, das alle hiesige Illusionsmalerei den revolutionären Geist der Masse nicht weiter befeht. Das beweist ein Artikel Rudolf Lindaus in der Arbeiterzeitung, das also lautet:

„Kiel ist heute ein stiller Werkort, und die Kommunisten arbeiten mühselig gegen eine sozialdemokratische Mehrheit; und Hamburg ist immer noch sozialdemokratische Hochburg, in der wir Kommunisten froh sind, wenn die sozialdemokratischen Regierungsgatten uns helfen, in den großen Beerschiffen der rechtssozialistischen und sozialdemokratischen Gefolgschaft in zäher Propaganda kleine Nischen zu reihen.“

Lindau ist aber nicht der einzige, der klagt und bemüht ist, in die sozialistische Propaganda kleine Lücken zu reihen. Man verheißt es ja in den Gewerkschaften seit langem, doch sind die kommunistischen Resultate äußerlich gering. Dafür wollen wir einen guten Zeugen anführen. Auf der letzten Bezirkskonferenz der K. P. D. gab nach der K. Arb.-Ztg. Frankfurt a. M. (Lübeck) folgenden Stoppfehler von sich:

„Die Parteiverhältnisse in Mecklenburg haben sich außerst ungünstig entwickelt. Die Ortsgruppe Lübeck läuft Gefahr, die Fühlung mit der Masse zu verlieren. Es gilt, den revolutionären Geist in den Massen wieder aufzurichten. Zum Zwecke der Aufklärung der Arbeiter über den reaktionären Charakter der Gewerkschaften müssen letztere ausgenützt werden.“

Deshalb versucht Frank Jun. mit allen Mitteln, bei den Metallarbeitern aufgenommen zu werden, was diese in richtiger Erkenntnis der Dinge ablehnen haben. Sie wollen sich die erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nicht durch Phantastien vereiteln lassen. Wenn die Kommunisten Gefahr laufen, die „Fühlung mit den

Christian und Lea.

Eine Erzählung von Leopold Komper.

(Fortsetzung.)

Besonders der alten Breindel gegenüber behauptete er diesen Standpunkt. Diese nämlich hatte sich seit ihrem letzten Besuche das fernere Erbsenen Sarahs an Sabbaten und Festtagen in ihrer jüdischen Stube verheben. Wenn Sarah sich wolle „besuchen“ lassen, hatte sie ihr durch den bösen Mund eines anderen Entschändetes lassen, so solle sie nur mit Jan Schulters Fingel in die Kirche gehen. Nur am Abend des Neujahrstages und am Vorabend des Versöhnungsfestes gab sie zu, daß Sarah sie in allgemeinen Ausdrücken um „Besuchung“ bitten durfte. Dann aber sah sie da, die alte schreckhafte Frau, und man sah es ihr an, daß sie von ihrer Entlein die Bitte um Besichtigung wohl entgegennahm, aber keine zurückstufte.

Wolf Ungar trankte es namentlich, wenn er am Sabbat und an Festtagen ohne Sarah zur Bude Breindel gehen mußte, um ihren Segen zu erhalten. Er hatte zuweilen Lea mitgenommen, aber auch das unterließ er, seitdem die Bude ihren Groß gegen Sarah auch auf das Kind übertragen hatte. Als nämlich Wolf an einem Sabbate zum „Besuchen“ gekommen war, sagte Breindel, indem sie ihre Hände auf Leas Kopf legte:

„Warum schickst mir deine Mutter nicht auch ihren Sohn mit?“ Das hatte sie mit so kaltem, und einschneidendem Spotte gesagt, und Wolf Ungar, dem es im Herzen lochte, konnte sich nicht enthalten, zornig auszurufen:

„Bude, das geht zu weit! Was hat euch mein Weib getan, daß ihr sie in Gegenwart meines Kindes beleidigt! Seht ihr etwas Schlechtes von ihr? Kommt man in meinem Hause Schweinefleisch? Und wenn alle frommen Weiber von der ganzen Welt zusammenkommen und es ist meine Sarah nicht dabei, so sage und behaupte ich: alles ist Lüge und Verstellung.“

„Sol!“ sagte die Bude, und ihr häßliches Antlitz hatte einen wahrhaft drohenden Ausdruck angenommen.

„Ich meine nur so, Bude!“ verbesserte sich Wolf Ungar, der wohl fühlte, daß er der alten Frau eine unauströschliche Unbill angetan hatte.

„Und ich sage dir, Wolf Ungar,“ rief Breindel mit erhobener Stimme, „so lange als die Welt ist, und so lange als unsere Familie existiert, ist so etwas nicht erdört worden! Aber ich werde es noch erleben, und sollte ich darüber so alt werden, wie meine liebe Seele, die hundertundzwanzig Jahre alt gestorben ist. Sie hat die Granatenschnur nicht nehmen wollen, wie ich zu ihr gekommen bin und habe sie gebeten, sie möchte die Schande aus mir weglun; aber rot wie die Granaten werden die Tränen sein, Wolf hin.“

die sie einmal weinen wird über ihr Unglück, und es wird zu spät sein, und die alte Bude wird recht behalten haben. Das hörst du von mir, Wolf Ungar, und du kannst es dir aufschreiben wie einen Satz aus den heiligen Propheten. Was gegen die Natur ist, das will Gott nicht, und was Gott nicht will, das ist eine Sünde, und die bringt Unglück! Das sagt Breindel, die sieben- und sechzigjährige Frau, und die hat niemals etwas anderes gelernt, als jüdisch sein. Du kannst übrigens deinem Weibe sagen,“ sagte sie schließlich wie zur Beschwichtigung des tiefaufregten Mannes hinzu, „die Granatenschnur ist noch an meinem Hals, und wenn Sarah will, so heiße ich nicht Breindel; wenn ich sie nicht auf der Stelle aussiehe und hänge sie ihr um. Das sage, Wolf Ungar, deinem Weibe!“

Wolf Ungar war ein herzhafter Mann, er hatte dies bei Gelegenheiten bewiesen, wo andere eine Beute des Entsetzens wurden. Aber diese dunkle Prophezeiung von den roten Tränen, die wie Granaten glänzen würden, erschütterte ihn wie noch nie etwas. Der Blitz, der fällt, erschreckt nicht so sehr, als der, der hinter der grauen Wolke erwartet wird. Von nun an, das riefen tausend Stimmen in ihm, stand diese Wolke über seinem Haupte — er wußte aber auch, daß Sarah von dem einmal eingeschlagenen Pfade nicht abweichen werde.

Als Wolf Ungar an diesem traurigen Sabbat nach Hause kam, trug er alle Zeichen äußerster Verstörung in seinem Gesichtszügen. Beim Essen sah er wartend, den Blick in einem fort nach den Augen seiner Frau gerichtet. Dachte er an die düstere Vorhergabe Breindels? Zum ersten Male, seitdem Christian unter seinem Dache war, fühlte er es gesenterscher in seinem Gewissen, daß er Jan Schulters Knaben an seinem Sabbatliche verdrängen mußte. Aber so groß war die Scheu vor dem einmal gegebenen Worte in der Brust dieses Mannes, daß er auch nicht mit der leisesten Bewegung die bösen Geister ahnen ließ, die in ihm tobten.

Es war am späten Abend, der Sabbat war zu Ende gegangen. Wolf kam nach beendigtem Abendgebete aus der Synagoge nach Hause und wollte „Sawdala“ machen, wie das Gebet heißt, das jeder Hausvater am Schluß des Ruhetages verrichtet. Er bedarf dazu eines Nachsichtes, denn bei den Juden war Licht, Freude und Fröhlichkeit, eines Bechers Wein, denn „Gott ist der Reich des Heiles“, und eines Gewürzweins, weil der Sabbat schließlich als die würzreichsten Pflanzen duftet, und über diese Gegenstände spricht er die vorgeschriebenen Segensformeln. Sonst beehrte sich Lea, ihm das Licht und das Gewürzweins zu bringen; weil sie aber aus der Stube gegangen war, öffnete Christian die Tischlade, worin sich diese Dinge befanden, und stellte sie vor

Erst starrte Wolf den Knaben an, dann versetzte er ihm mit seiner Faust einen so wuchtigen Schlag, daß er taumelnd in die Stube floh.

„Wolf, um Gotteswillen, was hast du?“ rief Sarah, die herbeiflog, um das Kind vor weiteren Angriffen zu schützen. „Von ihm, von ihm.“ Ichrie Wolf mit höchster Leidenschaft. „Soll ich die Handala in die Hand nehmen?“ Das soll in meinem Hause vorgehen!“

Mit schnellem Blicke erkannte Sarah die Gemütslage ihres Mannes; sie hatte sich also nicht getäuscht, als sie sein verklärtes Wesen dem Besuche bei der Bebe zuschrieb. Sie ließ Christian aus der Stube gehen, sie mußte mit ihrem Manne allein sein.

„Erst mach die Handala,“ sagte sie so ruhig, als sei nichts vorgegangen, „dann wollen wir miteinander reden!“

Wolf ergriff das Nachsichtlein und schüttete Wein in den bereitstehenden Becher, aber seine Hände zitterten, und während er die Segensformeln sprach, schwankte das Glas so sehr, daß der Wein überlief. Am Schluß des Gebetes goß er den Becher auf die Tischdecke und verließ die in der roten Flut das angezündete Nachsicht.

„Gut Wochen! gut Jahr!“ stimmte Sarah den üblichen Wunsch an.

Aber Wolf Ungar rief mit mächtigem Angestüm, sich selbst überschreitend:

„Wünsche mir nichts und wünsche dir nichts! Es kann so nichts Gutes daraus entstehen. Wie soll eine gute Woche und ein gutes Jahr für mich werden, wenn Jan Schulters Sohn mir das heilige Handalalicht reicht? Einer hätte nicht geboren werden sollen, entweder er oder ich!“

Sarah sah ihren Mann mit bekümmerten Augen an, aber dieser Blick entwarfnete ihn nicht.

„Weißt du, was ich gerade jetzt zum Sabbatausgange gesagt habe?“ rief er wieder. „Euch Weibern muß man ja mit der Schrift in der Hand kommen, sonst glaubt ihr dem Manne nicht. Da sich her,“ Ichrie er, indem er das Gebetbuch, das auf dem Tische lag, ergriff und mit hastiger Hand darin blätterte, „da sich her, ich will es dir Wort für Wort überlesen.“ Und die Worte lauteten:

„Gelobt seist du, Gott unser Gott, Herr der Welt, der da schiedet zwischen Heiligem und Gemeinem, zwischen Licht und Finsternis, zwischen Israel und den Völkern, zwischen dem siebenten Tage und den Werktagen.“

„Hast du das verstanden, Sarah?“

„Wort für Wort!“

„Und es brennt nicht wie ein siedender Tropfen Blei auf

(Fortsetzung folgt.)

Massen zu verlieren", dann ist dies ein Beweis für den gesunden Sinn der Arbeiterklasse. Sie hat keine Lust, sich jeden Tag die selben Seiltänzerstücke vorzumachen zu lassen, bei denen sie im ungewissen ist, wann die unglücklich Balancierenden herabstürzen und andere mit zu Boden reißen. Nur positive Arbeit und Bestrebungen der sozialen Revolution auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus kann unsere Erfolge stärken und der Schutz der demokratischen Republik gegen alle Anfechtung von rechts und links und von innen und außen unsere Rettung sein.

Anzeigepflichtige Krankheiten. 63 Fälle von Diphtherie (4 tödlich), 8 von Malaria, 9 von Scharlach (1 tödlich), 2 von Wochenbettfieber (1 tödlich) und je 1 Fall von Ruhr und Fleckfieber (beide tödlich) waren im Januar hier zu verzeichnen.

Stadttheater. Die Karnevalsnummer der „Trefe“ (tennisch gemacht durch das zeitgemäße farbige Libretto Wappen auf weissen Umschlag) ist soeben erschienen und zum Preise von 1 Mk. in allen Buchhandlungen zu haben. Das Heft enthält diesmal eine Reihe von Originalzeichnungen namhafter hiesiger Künstler.

Gleitschneise. Roberto ist von seinem Unfall wiederhergestellt und wird sein mit Spannung erwartetes Gastspiel am Donnerstag, dem 12. ds. Mts., beginnen. Am Freitag abend findet das erste große Kostümfest statt. Tischbestellungen werden rechtzeitig erbeten, da spätere Wünsche erfahrungsgemäß schwer zu berücksichtigen sind.

Arbeiterbewegung.

Der Kölner Buchdruckerstreik beendet. Der Streit der Drucker in Köln ist durch Anerkennung ihrer Forderungen durch den Schlichtungsausschuss beigelegt worden. Die Arbeit ist unregelmäßig wieder aufgenommen worden.

Aufhebung der durchgehenden Arbeitszeit. Bei der Steuerbehörde sind die Denkmäler von heute an von 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr festgesetzt. Für den Verkehr mit dem Publikum sind die Kassenstellen nur von 8 bis 1 Uhr geöffnet.

Streik im Bankgewerbe. Die Bankangestellten von Groß- und Stuttgart sind Dienstag in den Ausstand getreten.

Genossenschaftsbewegung.

Der vierte Teil des deutschen Volkes konsumgenossenschaftlich organisiert! Nach den beiden einlaufenden tabellarischen Uebersichten zur Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beträgt die Zahl der an der Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften am 31. Dezember 1919 1127. Zur Verbandsstatistik berichteten 1088, deren Mitgliederzahl 2 300 033 betrug. Im Vorjahre betrug die Zahl der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften 1067. Zur Statistik berichteten 1067 mit 2 196 081 Mitgliedern. Hierunter sind die Konsumgenossenschaften für Glas-Lothringen und deren Mitgliederzahl nicht einbezogen. Eine zweite konsumgenossenschaftliche Gruppe ist im Allgemeinen der Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vertreten. Deren Mitgliederzahl betrug zeitlich 300 000. Außerdem bestehen eine Anzahl genossenschaftlicher Revisionsverbände, die keinem Zentralverband angeschlossenen sind, und eine Anzahl von Konsumvereinen, die auch keinem Revisionsverband angeschlossenen sind. Deren Mitgliederzahl kann mit Zuhilfenahme amtlicher statistischer Feststellungen auf rund 600 000 angenommen werden.

Somit beträgt die Zahl aller Mitglieder der deutschen Konsumvereine insgesamt 3 200 000. Die Konsumvereinsmitglieder sind Haushaltungsvorstände; jedes Mitglied repräsentiert eine Familie. Die Gesamtheit der konsumgenossenschaftlich organisierten Volksgenossen beträgt somit 13 bis 16 Millionen, mit anderen Worten:

Der vierte Teil des deutschen Volkes ist konsumgenossenschaftlich organisiert!

Reich und Ausland.

Untergang eines Steitiner Dampfers. Der einer Steitiner Reederei gehörige Dampfer „Deutonia“ ist Montag früh auf der Fahrt von Steitinn nach Usarscham infolge Nebels gestrandet. Die Mannschaft ist in Sicherheit. Das Schiff ist zum Teil voll Wasser gefahren.

Selbstmord vor Bestrafung. Ein trauriger Fall von Bestrafungsverweigerung an einem Beamten eines Wohnungsamtes in Groß-Berlin hat dazu geführt, daß der betreffende Beamte eine öffentliche Warnung erhielt, in welcher er sagt: „Fast täglich treten

an mich in meiner Eigenschaft als Leiter des Wohnungsamtes Personen heran, die mir für eine Bevorzugung bei Beschaffung einer Wohnung alle möglichen Geschenke, Lebensmittel und Geld sowie sonstige Vorteile anbieten. Es werden sogar in meiner Abwesenheit in meiner Privatwohnung Lebensmittel niedergelegt. Ich warne vor weiteren Vergehungen, da ich gegen jeden, der ein derartiges Ansuchen künftig an mich zu richten wagt, Anzeige erlaten werde.“

Vandalismus. Ein Akt unerhörter Rohheit wird aus Wilmersdorf gemeldet. In einer der letzten Nächte ist dort das Gänsefleischdenkmal erheblich beschädigt worden. Unbekannte Täter haben von dem Kunstwerk die drei bronzenen Gänse abgeschlagen und gestohlen. Von den Rohlingen fehlt leider jede Spur. Das geschändete Denkmal ist eines der schönsten Denkmäler Wilmersdorfs. — Eine ähnliche Schändung ist in Braun-schweig verübt worden. Dort ist vom Gänsefleischdenkmal eine Meerlase aus Bronze abgeschraubt und gestohlen worden. Infolge des hohen Wertes der Bronze dürften sich die Diebstähle dieser Art leider mehren.

Sachsen nimmt den Silberbergbau wieder auf. Die sächsische Regierung erwägt angesichts der stark gestiegenen Silberpreise die Wiederaufnahme des altberühmten Silberbergbaues in Freiberg, welcher bereits im 12. Jahrhundert in Blüte stand, seit mehreren Jahrzehnten aber wegen Untertaugkeit eingestellt worden war.

Hohe Gefängnisstrafe für einen Landwirt. Das Schöffengericht in Hochstädt verurteilte den Landwirt Nikolaus Beier aus Hochbach, der die geforderte Lieferpflicht außer acht ließ und während des Krieges überhaupt nichts abgeliefert hatte, zu fünf Jahren Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe.

Wucher und Kettenhandel der Reichsfischverforgung. Die Staatsanwaltschaft in Eisen (Ruhr) leitete das Verfahren gegen die Reichsfischverforgung G. m. b. H. in Berlin wegen Preiswuchers und Kettenhandels ein. Die Reichsfischverforgung hatte große Sendungen aus Holland bezogener Salzheringe bei Essener Firmen beschlagnahmt und sie zu geringen Preisen (etwa 30 Mk. die Tonne) selbst übernommen, dann aber den Essener Firmen zu ungeheuren Wucherpreisen (450 Mk. die Tonne) wieder angeboten. Der frühere Vorsteher der Reichsfischverforgung, Nathan, wurde verhaftet. Die Bücher und Bankguthaben in Höhe von 120 Millionen Mark sind beschlagnahmt worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Ausdehnung des Verfahrens auch noch gegen andere Personen, als Nathan, notwendig werden wird.

Die Not in Wien. Bezeichnend für die Lage in Wien waren die Erklärungen, die der Vater eines wegen Diebstahls angeklagten Knaben vor dem Jugendrichter abgab. Er erklärte, der Knabe könne nicht vor Gericht erscheinen, weil er keine Schuhe habe. Ein Paar Schuhe kostet heute einige hundert Kronen, das könne er für seine Kinder nicht leisten, obwohl er ein Monatseinkommen von dreitausend Kronen habe. — Richter: Das ist ein ganz schönes Einkommen; aber der Vater einer siebenköpfigen Familie muß keine dabei hungern, ja wir leiden alle Hunger. — Vater: Meiner Monatslohn reicht nicht aus, um Brot im Schleichhandel zu verschaffen. Unsere Brotration geht bei einem Frühstück auf. Die Kinder scheinen aber auch an den anderen sechs Tagen nach Brot. — Richter: Wie kommt es, daß Ihre Kinder in der Schule so zurückgeblieben sind? — Vater: Ich war eingerückt; die Kinder mußten sich um Lebensmittel anstellen, die Schule war leerbekannt. — Richter: Ich verhalte die Verhandlung, um Erhebungen über die Kinder zu pflegen. — Vater: Sie werden nichts Gutes hören. Was hat der Krieg aus den Kindern gemacht!

Schneestürme und Kohlennot in Amerika. Die „Times“ berichten über gewaltige Schneestürme, die zurzeit in Amerika wüthen. Tausende von Arbeitern können infolge der gestörten Verkehrsverhältnisse ihre Arbeitsstellen nicht erreichen. Der Zuverkehr ist meistens vollständig eingestellt. New York und Boston sind von einer Kohlennot betroffen. Die Schifffahrt ist vollständig eingestellt.

Hotelbrand in San Franzisko. Reuters Bureau meldet aus San Franzisko: In einem hiesigen Hotel brach ein Brand aus. 21 Gäste wurden getötet, 30 verwundet. Eine Anzahl Gäste werden noch vermisst.

Technische Rundschau.

Auffheuerregende Erfindung auf dem Gebiete der Stahl-fabrikation. Nach einem der „Telegraphen-Union“ zugehenden Bericht spricht man in Kreisen der Maschinenindustrie von einer Erfindung, die ein Gelebrter in Sheffield auf dem Gebiet der Stahlfabrikation gemacht hat. Diese Erfindung soll eine bedeutende Umwälzung in den bisherigen Herstellungsmethoden dieses Materials bedeuten, indem damit die bisherigen besten Stahlschmelzen in Bezug auf ihre Härte und Festigkeit vollständig in den Schatten gestellt werden. Die englische Regierung habe

sich das alleinige Recht der Anwendung dieser neuen Fabrikationsmethode gesichert.

Vermischtes.

Frommes Wohlgefallen an Mörder. Der Vater des Mörder-Olwig von Hirschfeld erhielt unter vielen anderen auch folgendes Schreiben, das ein günstiger Wind dem „Borm“ auf den Tisch wehte.

Vater Americ. Gorzel

N. 39, den 21. 1920.
Kiefer Str. 18.

Herrn

H. Hirschfeld
hochwohlgeboren

Berlin-Steglitz

Sehr geehrter Herr!

Mit Bedauern habe ich in Frankfurt a. M., wo ich einige Tage auf einer Mission konferenz weilte, von der mutigen Tat Ihres geschätzten Sohnes gelesen. In dem betr. Tage habe ich neben Ihrem Sohn im Gerichtssaal gesessen. Er hat unserem deutschen Volke einen großen Dienst erwiesen, möge Gott der Herr Seine schützende Hand über das Haupt Ihres Sohnes halten. Ich habe das Bedürfnis, in dieser Angelegenheit einmal persönlich mit Ihnen zu sprechen und bitte freundlich um Angabe einer Zeit, wann ich Sie besuchen kann.

Falls Sie es erlauben, werde ich mich mit meinen eigenen A. r. a. f. i. für Ihren lieben Sohn einsehen.

Mit dem Ausdruck meiner allergrößten Hochachtung und herzlichem Gruß

gez. Gorzel

Der Absender dieses Briefes ist offenbar ein sehr frommer Mann, d. h. von jener Scheinfrömmigkeit, die den Namen Gottes ständig im Munde führt, dabei aber die Lehren des Christentums mit Füßen tritt. Es zeugt für den Geist dieses Buchstaben-Christentums, daß ein Mann besonders der schützenden Hand Gottes empfohlen wird, der sich eines gemeinen Meuchelmordversuchs (an Erzberger) schuldig gemacht hat.

Der antimonarchische Druckfehler. Endlich sieht auch die Parteizugehörigkeit des Druckfehlerfests fest. Er ist zu mißgestandener Antimonarchist und hat das bei folgender Gelegenheit bewiesen. Die „Kreuz-Zeitung“, das bekannte Junberblatt, druckte unter ihren tausend Entwürfsentscheidungen auch eine vom „Bunde der Aufrechten“, und darin hieß es:

„Der Bund der Aufrechten“ weiß die deutschen Volksgenossen darauf hin, daß weder die treulose und eckbrüchige Monarchie, noch die in wankelmütiger Gehorsam gegen andere Tölpelnde vollzogene Demokratisierung und Republikanisierung es vermocht haben, den schmückigsten Fußtritt in das Angeficht eines wehrlosen Volkes — die Auslieferungsforderung! — zu verhindern!“

Wierundzwanzig Stunden später sagt die „Kreuz-Zeitung“, daß ihr ein „höchst bedauerlicher Druckfehler“ unterlaufen sei; denn: „bei dem Abdruck sind (am Schluß der zweiten Zeile) die Worte „Bermittlung der“ fortgefallen.“ — Das war für die gute, kritische „Kreuz-Zeitung“ allerdings ein höchst peinlicher „Fortfall“!

Welt und Wissen.

Ein neuer Komet. Nach einem bei der „Mira“ — dem internationalen Bureau für astronomische Nachrichten in Brüssel, früher in Kiel — eingelaufenen Telegramm wurde am 13. Januar von Comas sich in Barcelona ein neuer Planet entdeckt. Es handelt sich nach dem Entdecker um einen der zahlreichen Asteroiden, die zwischen Mars und Jupiter zirkulieren, Trümmer eines großen Planeten, der einstmalig untergegangen ist. Mehr als 900 dieser Art sind gegenwärtig bekannt; die kleinsten haben einen Durchmesser von nicht mehr als zehn Kilometer. Wie der Brüsseler „Soir“ mitteilt, hat nun der Astronom Wilson aus Northfield, der den Stern am 20. Januar beobachtete, die Entdeckung gemacht, daß es sich nicht um einen Planeten handelt, sondern um einen jener „Heresyachen des Himmels“, die mit ungeheurer Geschwindigkeit durch den Weltraum dahinschießen und gelegentlich andere Welten streifen, kurz und gut: um einen Kometen. Er befindet sich gegenwärtig im Bereich des Krebses und der Zwillinge, die am Abend am südlichen Sternhimmel sichtbar sind, in der Verlängerung der Sterne Castor und Pollux. Die glänzende Scheibe Jupiters steht etwas hinter ihm. Seine tägliche Bewegung zieht ihn allmählich nach der prächtigen Gruppe des Orion hinüber. Die fortgesetzten Beobachtungen werden uns wohl bald Aufklärung über die Bahn des Kometen bringen, der gegenwärtig von zehnter Größe ist, aber an Helligkeit noch zunimmt, und vielleicht werden wir dann auch darüber etwas erfahren, ob er jenen Lichtschwefel zeigt, der nach den landläufigen Begriffen mit dem Wesen eines „richtiggehenden“ Kometen verbunden ist.

1. Gabenverzeichnis.

Für die Sammlung „Hilfsaktion für Wien“ sind die nachstehenden Spenden eingegangen:

- Hochfenwerk Lübeck Aktiengesellschaft, Herrenw. 25. 200.—, Otto Gerlich 20.—, Paul Westner 25.—, Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck, 200.—, Frl. Schimmelmann 10.—, Frau Reppin 5.—, Magdalena Scheitherr 10.—, Paul Nolte 10.—, Oberlehrer Fritz Hirsch 20.—, Frau Eulenberg 20.—, Verbandsreisender Kaufleute, Sektion Lübeck, 30.—, Frau Mehle 6.—, Ungenannt 22.—, Lächterheim Mielke-Gleophas 2.—, W. F. 10.—, Dr. W. Schmitz-Dumont 10.—, C. Heddermeyer 2.—, Frau Reimers 3.—, E. Müller 10.—, Sangh 10.—, Bürgermeister Dr. Fehling 100.—, Otto Uhlmann 10.—, Frau Ritter 2.—, Frau Generalmajor Weising 10.—, Major Eck 200.—, Ungen. 5.—, 2 Lübecker Lehrerinnen 20.—, Fehsenfeld 10.—, Frau Stahr u. Töchter 10.—, Stahmer 5.—, Wilh. Hohenschuld 15.—, Bruno Schmidt 5.—, Hemicke 10.—, Clara u. Rich. Fetzbad 23.—, E. W. 20.—, Sammlung Hanseischer 80.50, G. A. Rabe 20.—, D. Schwarz 20.—, Frl. Willy Mohrmann 20.—, A. Johannsen 25.—, Lübecker Bürgerwehr 1914/15 55.—, Heinz Rosenwitt 10.—, Konrad B. A. Mann 100.—, Joh. Coers 100.—, Gertrud Rathjensen 10.—, Detlev Schwarz 2.—, P. R. 20.—, Ungenannt 5.—, Ungenannt 1000.—, Frau Schop 20.—, Hildegard Wötger 10.—, Sammlung Hanseischer 68.—, Ed. Halle sen. 50.—, Ed. Halle jun. 50.—, Gustav Halle 50.—, Senator Dr. Neumann 100.—, Sammlung Katharineum 103.50, Ungenannt 5.—, Frl. Wehnke 10.—, W. Freundt 20.—, Webe 5.—, Maria Walkroth 20.—, Vaterländischer Frauenverein, Schlutup, 50.—, Senator Kulenkamp 100.—, Dr. Hartwig 10.—, H. Heidmann 20.—, Frl. Lundin 100.—, Pastor Jannasch 200.—, Sammlung bei der Weihnachtfeier d. R.-Kinderschule 86.74, Wilh. Möller 50.—, Sammlung Heilanitali Strednick 139.30, Carl Schwarz u. Fran 10.—, G. B. Niemann, Schlutup, 100.—, Sammlung Johanneum 922.95, Max Gaebler 50.—, A. C. Kösig 100.—, J. A. Suda 800.—, Schiffs- werft v. Hemy Koch 300.—, F. A. Müller 50.—, Ludw. Hartwig 100.—, Gebr. Borchers 100.—, Wm. Schwarz 50.—, F. Spahrman 10.—, Direktor P. Brühns 10.—, Anton Deage 10.—, J. Johannsen u. Sohn 100.—, Konrad W. Heinmeier 200.—, Landesversicherungsanstalt der Hansestädte 1000.—, Fritz Steffen, Schlutup, 100.—, Rumb-Walzenmühle 50, Fritz Grabe 100.—, Richard Sartmann 25.—, Landgerichtsrat Schröder

30.—, Frau E. Postel 50.—, Ungenannt 10.—, Ober-Schulrat Prof. Dr. Wychgram 50.—, Hauptpastor Stücken vom Kindergottesdienst St. Lorenz 45.12, G. Lappe u. Co. 200.—, Emil Sielau, Ueberstieg 1. Borr-tagabend 82.—, L. B. 1000.—, in deutscher Kriegs-anleihe, Vertram u. Graf 500 österr. Kronen, J. G. Niederegger 50.—, Paul Erben 5.—, Thomas Benz, 20.—, sowie Mt. 1000.— in deutscher Kriegsanleihe und 500 österr. Kronen.

Ferner wurden Brotmarken eingekauft von: Frau Martens, Frau Stadler, Otto Gerlich, M. Weislahn, Frau Reppin, Frl. Schimmelmann, Frl. Scheitherr, Mauch, Verbandsreisender Kaufleute, Sektion Lübeck, Schulz, Frau Dr. Brüder, Westphal, Lächterheim Mielke-Gleophas, Conrad Meckels, Frl. F. Fehsenfeld, Frau Stahr u. Töchter, Stahmer, Bruno Schmidt, Wilh. Hohenschuld, Dr. Kuntel, Hemicke, Rühl, Clara u. Rich. Fetzbad, Prägmunt, Berthold Peters, E. Schecht, Jürgenfen, Frau Ellep, Danfen, Frau v. Jamadski, Frau v. Waltersdorf, F. Burmeister, Hildegard Wötger, Frau Ritters, Frl. Frankenthal, die Witwe mit 6 erwachsenen Kindern, Schulz, Frau Dr. Müller, Schwerdtfeger, Frau Bahr, Sammlung des Katharineums, Pastor Jannasch, Ober-Schulrat Prof. Dr. Wychgram, Frau Blitt, Frau Grafenhahn, Sammlung des Johanneums, Kunftwalzenmühle, Hauptpastor Stücken vom Kindergottesdienst St. Lorenz.

Für alle freundlichen Spenden wird der herzlichste Dank ausgesprochen. Weitere Zuwendungen werden bei allen hiesigen Banken, sowie vom österreichischen Konsulat, Bedergrube Nr. 16, entgegengenommen.

Das österreichische Konsulat Lübeck Bedergrube Nr. 16, Suda u. Konsul. (12909)

Uebernahme für meine Koh- und Blod-fuhrwerte Transporte aller Art
F. W. Tietz, Pelzerstr. 24.
Februar 1923. (12885)

Die Steuerbehörde.
Allen denen, die bei der Bearbeitung teilgenommen haben, sowie für die vielen Schwierigkeiten dank herzlich
Dorothea Hardt
12909) und Kinder.
Fachinger
Maschinenschlosser
mit besten Empfehlungen
geschickt 12909
Posselt Kohlenhandel.
Kontor: Mühlentor 62.
Ju hol. gel. junges Koch-putzmaiden von 1 bis 4 Uhr. Wetzlar, 12909) Schützenstraße 32, 1.

Zu verkaufen ein Beddie-rohr-Kinderwagen a. Widel. (12901) **Rathcke.** Kottwitzstraße 33, II.
Neuer Bl. Wdl. Wapfen-rod, 2 Herrenhüte zu verk. (12884) Kottwitzstr. 24, L. L.
Gelegenheitskauf. Göt. Rib. Dam.-Rem.-Uhr. hochf. Wl., erste Friedensw. (w. neu), unabh. 6. z. v. (12806) **Sundstr. 72, I.**
J. verk. 1 Paar nach Vias georb. Damenstiefel, G. 40. (12924) **Le. Köpfer 64.**
Beltrager zu kaufen gesucht. Angebote unter B L an die Exp. d. Bl. (12914)
Tafel- und Dezimal-Wage zu kaufen gesucht. **Carl Bössel,** 12897 **Güßtrage 31.**
Verd. D. Masfenang zu vermieten. (12886) **Wettpontstraße 33, I.**

Neu erschienen ist:
Der Weg zur Wahrheit.
Führervertrauen und Führerhaß im Kriege
von einem Frontoffizier.
Preis 1 Mk.
Buchhdl. Fr. Meyer & Co.

Zehrend. Gold- u. Silbersachen.
Münzen, Brillanten, alte gold- u. silb. Uhren, auch nicht gangbare, kauft zu höchsten Tagespreisen (12889)
Uhrmacher Ad. Käbner,
Fünthausen 13.

Gummifohlen
i. Auschnitt-Zapfen,
doppelt so haltbar wie Leder,
½ so teuer u. Leder,
bei **C. Grimm Nebl.**
Schlunmagerstr. 6.
(12910)

Belzgarmenten
werden schnell und nach neuesten Formen billige magarbeitet. (12888)
L. Wagner, Holtenauerstr. 8.

Die Unterbilanz des ersten Revolutionsjahres
von **J. Kalski.**
Sonderheft des „Jum“, sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben.
Preis 1.— M.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.